Nr. 436 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 81

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 5.30 Mk., monatlich 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 2. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Deutschlands Außenpolitik.

Aussprache im Reichstagsausschuß.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat gestern nachmittag zu seiner von der sozialdemokratischen Fraktion längst geforderten und vielfach angekündigten Sitzung zusammen. Es wurde mit der verfassungsnotwendigen Zweidrittelmehrheit die Oeffentlichkeit der Verhandlungen beschlossen, nur die Beratungen über die Antwort auf die französische Breslaunote sollen als vertraulich behandelt werden.

Zunächst nahm das Wort der

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons.

Er begann mit einer kurzen Zurückweisung der vielfachen Entstellungen, die in den in Schweizer und italienischen Blättern veröffentlichten beiden Interviews enthalten sind. Er wandte sich darauf zu einem Ueberblick über die deutsche Neutralitätspolitik. Seitdem er zum ersten Male diese Politik verkündigt habe, seien nunmehr Wochen verstrichen, in denen sich erwiesen habe, daß die Neutralitätspolitik für Deutschland die einzig richtige und mögliche gewesen sei und bleibe. Es seien Stimmen an ihn herangetreten, die ihn aufgefordert hätten, mit dem Bolschewismus gegen die Westmächte vorzugehen und auf diese Weise die Schranken des Versailler Friedens zu brechen. Diese Stimmen habe er mit voller Ueberzeugung abgewiesen. Wenn wir damals solchen Aufforderungen gefolgt wären, so wäre Deutschland unmittelbar zum Kriegsschauplatz geworden. Daß wir im Zustande der Entwaffnung die Blüte der Jugend hätten opfern sollen, wäre unter keinen Umständen zu verantworten gewesen. Die Last der Folgen, die die allmählich zu erwartende Umbildung des Bolschewismus mit sich gebracht hätte, wäre mit voller Wucht auf Deutschland gefallen. Er habe diesen Gedanken,

gemeinsame Sache mit den Bolschewisten

zu machen, daher entschieden abgelehnt. Von anderer Seite sei der Vorschlag gemacht worden, gemeinsam mit den Westmächten gegen den Bolschewismus sich zu wenden. Auch dies war eine Unmöglichkeit. Unzweifelhaft hätte uns der Versuch, Seite an Seite mit Frankreich und Polen gegen Rußland vorzugehen, in den inneren Krieg gestürzt. Wir hätten den Bürgerkrieg gehabt, und zweifelhaft wäre geblieben, ob wir erreicht hätten, was von einem Zusammengehen mit dem Westen erwartet wurde. Das russische Volke werde, wie auch die Entwicklung gehe, jeden, der sich jetzt zu seinen Angreifern gesellte, auf lange hinaus als seinen Feind betrachten. Es war richtig, uns auch nach dieser Richtung die Hände freizuhalten. Aus unserer Haltung folgte, daß wir auch gegen die Regierung des Generals Wrangel und der Ukraine uns zurückhaltend stellten. Frankreich hat den General Wrangel anerkannt und uns davon Mitteilung gemacht. Wir haben diese Mitteilung zur Kenntnis genommen, ohne dem französischen Beispiel zu folgen. Keine Macht, die mit Sowjetrußland im Kampfe steht, hat auf unsere Unterstützung zu rechnen.

In letzter Zeit sei der Vorwurf erhoben worden, daß wir uns

zu weit mit den Bolschewisten eingelassen

hätten. Es werde auf die amerikanische Note und auf die Kundgebung Lloyd Georges aus Luzern hingewiesen. Andererseits beständen aber gewisse italienische Schritte der Anknüpfung. Für unsere Politik sei der Grundgedanke der, daß die Sowjetregierung gegenwärtig die Macht in den Händen habe, also de facto die Regierungsgewalt in Rußland darstelle. Die Verhältnisse zwischen Deutschland und Rußland seien noch nicht normal. Zunächst befänden wir uns noch in Verhandlungen über die Vorfrage einer genügenden Erledigung des Falles Mirbach. Die Behauptungen, daß wir mit der Sowjetregierung einen Geheimvertrag abgeschlossen hätten, seien durchaus falsch. Wir hätten lediglich den Russen und den Polen mit dem Herannahen des Krieges an die deutschen Grenzen Vorschläge wegen der Seuchenbekämpfung und wegen der Regelung zu erwartender Grenzschwierigkeiten gemacht. Verhandlungen über den letzteren Punkt seien abgelehnt worden, über den ersten Punkt seien sie noch im Gange. Während uns von der angelsächsischen Presse und von dem früheren französischen Präsidenten Poincaré Geheimverträge mit den Russen vorgeworfen werden, werde in Moskau gegen uns der Vorwurf eines Geheimvertrages mit Polen gemacht. Daran ist ebenso wenig wahr. Mit Polen führten wir lediglich offene Verhandlungen, die bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hätten. Der Minister berichtigte in diesem Zusammenhang die Angabe in einem der Schweizer Interviews, wonach er gesagt hätte, wir würden gegen Polen marschieren. Diese Aeußerung hat er keineswegs getan, wohl aber auf eine Frage, was wir gegen eine polnische Neutralitätsverletzung unternehmen würden, geantwortet, daß derjenige, der unsere Neutralität verletze, uns auf der Seite seiner Gegner sehen würde. Der Minister führte sodann aus, daß sich in den deutsch-polnischen Beziehungen

eine große Menge Explosionsstoff aufgehäuft

habe. Wenn die von ihm angebotenen Verhandlungen nicht bald zu einem Resultate kommen würden, so könnte es wohl geschehen, daß der Kessel der deutschen öffentlichen Meinung überkoche. In Breslau habe sich dies bereits ereignet. Der Minister ging darauf in längeren vertraulichen Darlegungen auf die Breslauer Ereignisse und auf die französische Note ein.

Im Anschluß an seine vertraulichen Ausführungen stellte der Reichsminister zunächst seine in den Interviews falsch wiedergegebenen Aeußerungen über Oberschlesien richtig und betonte, daß er nicht von seinen eigenen Plänen, sondern vielmehr von den Plänen anderer, die an ihn herangetreten seien, gesprochen habe. Nach seiner Ansicht müsse man den Wünschen des oberschlesischen Volkes auf dem Gebiete der Verwaltung entgegenkommen und ihm in gewissen Fragen eine selbständige Vertretung zuzubilligen, aber alles dies selbstverständlich nicht außerhalb des Reichs und nicht außerhalb Preußens.

Der Reichsminister geht dann auf die Genfer Konferenz und die Vorbereitungen für dieselbe näher ein. Die häufig gestellte Frage, ob es überhaupt zu der Genfer Konferenz kommen würde, könne jetzt noch nicht endgültig beantwortet werden. Auch im Lager der Entente sei man sich in dieser Frage noch nicht einig. Wir wissen nur, daß von einer Seite ein scharfer

Kampf gegen die Genfer Konferenz

geführt wird, während England und Italien großes Gewicht auf das Zustandekommen der Konferenz zu legen scheinen. Eins könne man mit Sicherheit annehmen, daß nämlich auf Drängen Frankreichs die Brüsseler Konferenz unabhängig von der Genfer stattfinden würde und daß das große internationale Finanzprogramm, das in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit besprochen wurde, ohne genügende Berücksichtigung der finanziellen Lage Deutschlands und der Klarstellung derselben auf der Genfer Konferenz zustandekommen würde. Deutscherseits sei mit den Vorbereitungen für die Genfer Konferenz unmittelbar nach Spa begonnen worden. Es hätten zahlreiche Sitzungen mit allen in Betracht kommenden Ressorts stattgefunden, die Vorbereitungen selbst läge in der Hand des Ministerialdirektors von Simson, der auch an den Beratungen in Spa teilgenommen habe. Dem Reichsminister läge bereits eine Fülle von Material vor, auf dessen Einzelheiten einzugehen er auf Wunsch gern bereit sei; eine endgültige Stellungnahme sei jedoch zurzeit weder möglich, noch angezeigt. Er habe außerdem seinen Urlaub in der Schweiz dazu benutzt, um mit dem Gesandten in Bern die an Ort und Stelle zu treffenden Vorbereitungen für Genf zu besprechen, und es sei zu hoffen und anzunehmen, daß die deutsche Delegation in Genf anders untergebracht und behandelt werden würde, als in Spa, wobei unter Unterbringung nicht der Komfort, sondern die notwendige örtliche Nähe in bezug auf den Mittelpunkt der Verhandlungen zu verstehen sei. Wie auch die Entscheidung in Genf falle, so sei schon jetzt anzunehmen, daß einen wesentlichen Einfluß die von uns in Spa überreichten Denkschriften haben würden. Der Reichsminister habe sich bereits mit den Mächten, die für Genf vorzüglich in Frage kämen, dahin in Verbindung gesetzt, daß bereits vor der Konferenz die Sachverständigen dieser Länder untereinander Fühlung nehmen, damit in Genf nicht wieder ein Diktat zustandekomme und sich dieselben Schwierigkeiten ergeben wie in Spa. Der Reichsminister betont, daß es notwendig sei, daß die Oeffentlichkeit in den fremden Ländern, vor allem in Frankreich, über die Grenzen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit und die Bedrängnis unserer Lage aufgeklärt wird. Dem Gedanken müsse entgegengetreten werden, daß wir alles bezahlen werden und können. Es sei zu hoffen, daß es gelingen wird, den Boden für die Verhandlungen vorzubereiten und zu einer Verständigung in Genf zu kommen.

Der Vertreter des preußischen Ministers des Innern, Staatssekretär Freund, machte sodann eingehende vertrauliche Mitteilungen über den Verlauf der Breslauer Vorgänge.

Abg. Herschel (Z.):

Der Weg vom polnischen zum französischen Konsulat in Breslau dauert eine halbe Stunde. Da hätten schon Vorkehrungen zum Schutz des französischen Konsulats getroffen werden können. Von wem die Exzesse ausgingen, ist noch nicht festgestellt, es handelte sich in der Hauptsache um plündernden Mob. Wie kam man aber zur Demonstration? Die Oberschlesier, die ausgeplündert nach Breslau kamen, drängten danach, die Aufregung war unbeschreiblich. Die Leute schrien um Hilfe. Jetzt noch werden Personen, die auf den polnischen schwarzen Listen stehen, entweder nach Oberschlesien nicht eingelassen oder dort körperlich schwer mißhandelt. Manches, was erzählt wird, mag freilich Uebertreibung sein. Den Flüchtlingen muß geholfen werden, aber mit 20 M., die man ihnen in die Hand drückt, ist nichts getan, man muß vor allem für Unterkunft sorgen. Es gibt verschiedene Strömungen in Oberschlesien, am schwächsten ist die, die alles lassen will, wie es ist. Der neutrale Freistaat ist ein Unding, er wäre nur Spielball fremder Mächte, ihn fördert nur eine kleine kapitalkräftige Gruppe. Stärker ist die Strömung, die Autonomie im Anschluß an Polen will, besonderen Anklang findet aber die Autonomie im Anschluß an Deutschland, für diese Art der Autonomie müssen auch wir eintreten.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir haben die Einberufung des Ausschusses gewünscht nicht zuletzt auch wegen der mißverständlich wiedergegebenen Zitierung des Ministers Simons. Der Gedanke, gegen die Polen zu marschieren, ist hirnverbrannt. Wenn ihm Personen in hoher Stellung nachgehangen haben sollen, so muß man sich fragen, ob solche Personen in hoher Stellung bleiben können. Wenn Rußland Polen sowjetisieren will, so entsteht eine schwierige Lage auch für uns. Man muß der Entente sagen, daß die Verbesserung der Lebenshaltung in Deutschland der beste Schutz gegen das Uebergreifen des Bolschewismus ist. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die bolschewistische Regierung an der Macht ist, und man muß Verhandlungen über den Austausch von Wirtschaftsgütern mit ihr einleiten. Was in Breslau wütete, war der Mob schlechtweg oder nationalistischer Mob. Plünderer ohne politische Absicht gehen doch nicht geradeswegs zu den fremden Konsulaten, sondern lieber zu den Warenhäusern, wo mehr zu holen ist. Breslauer Zeitungen behaupten, es handle sich um eine nationalistisch-antisemitische Mache. (Widerspruch des Abg. Herschel.) Die Deutschnationalen reden und schreiben in einer Weise, die jedes Maß übersteigt. Bezüglich Oberschlesiens verdienen die Anregungen des Abg. Herschel Beachtung. Oberschlesien sichern sie uns am besten durch eine gute Gesamtpolitik, durch eine demokratische Politik, die auch gegen Organisationen wie die Orgesch energisch vorgeht. In diesem Zusammenhang finde ich auch den Sedan-Erlaß des Herrn v. Seeckt sehr unangebracht. Die Verbesserung der Auslandsstimmung uns gegenüber darf nicht immer wieder durch nationalistische Dummheiten zunichte gemacht werden.

v. Rheinbaben (D. Vp.):

Auch die Breslauer „Volkswacht" schlägt im Kampf gegen die Rechtsparteien über die Stränge. An ihrer Tonart gemessen erscheint selbst noch der „Vorwärts" als die reine „Kreuzzeitung". (Heiterkeit.) Die oberschlesische Bevölkerung ist durch den polnischen Terror eingeschüchtert. Das Korfanty-Abkommen ist äußerst befremdlich. Auch General Le Rond soll zugegeben haben, daß das Verhalten der Polen widerrechtlich ist. Eine Abstimmung, die unter polnischem Terror erfolgte, dürfte keine Rechtswirkung haben. Durch polnisch-französische Schuld wird ein Zustand herbeigeführt, der möglicherweise die Ausführung des Kohlenabkommens von Spa unmöglich macht. Für die Flüchtlinge muß ganz anders gesorgt werden als bisher.

Minister Dr. Simons:

Eine Revision des Friedens von Versailles unter Hinweis auf die bolschewistische Gefahr läßt sich nicht erreichen. Man glaubt drüben nicht an eine Gefahr. Die Regierung ist bereit, in wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland zu treten. Von den Verhandlungen mit Korfanty ist das Auswärtige Amt vollständig überrascht worden. Bei dem Angriff auf das polnische Konsulat ist eine Zerstörung polnischer Hoheitszeichen nicht erfolgt. Auf die Gefährdung des Kohlenabkommens durch die oberschlesischen Vorgänge wird in einer Note hingewiesen werden.

Graf v. Westarp (Dnat.):

Interviews müssen als sorgfältiger Staatsakt vorbereitet werden. Darum haben die Interviews des Herrn Ministers Kopfschütteln erregt. Hat der Herr Minister wirklich gesagt, in Deutschland könne man nicht gegen die Sozialdemokraten regieren? Hoffentlich ist auch das falsch! Den Gedanken, wir hätten uns durch Aufgabe unserer Neutralität vom Versailler Friedensvertrag befreien können, halte auch ich für utopisch. Man soll nicht darüber schreiben, wer Schuld an den Breslauer Exzessen trägt. Vielleicht haben feindliche Agenten ihre Hände im Spiel gehabt. War es nötig, bei den Oberschlesiern das Gefühl aufkommen zu lassen, daß Deutschland machtlos sei? Konnten wir nicht mehr gegen den polnischen Einfall tun? Beim Korfanty-Abkommen waren die deutschen Parteiführer in einer Notlage, wo blieb da die Regierung? Der Redner verteidigt dann gegen Scheidemann den Sedan-Erlaß des Generals v. Seeckt.

Dr. Breitscheid (U. Soz.):

Der Minister Dr. Simons wird bei seinen Interviews von einem entsetzlichen Unglück verfolgt. Er soll das, was die Interviewer veröffentlichen wollen, doch zuvor lesen! Die Energie, mit der sich die Arbeiter für die Neutralität einsetzen, ist erfreulich, wenn natürlich auch Mißgriffe vorkommen. An meine Parteifreunde sind verschiedene Angebote ergangen, von der Neutralität abzugehen. **Nationalistische und militaristische Elemente haben unseren Anhängern in Oberschlesien Lastautos mit Waffen angeboten, wenn sie gegen die Polen und die Entente losgehen wollen.** (Erregter Widerspruch des Grafen Westarp.) Es waren Offiziere, von denen dieses Angebot ausging. In Breslau ist die Neutralitätskundgebung nationalistisch infiziert worden. Als Polen geschlagen zu sein schien, glaubten gewisse Elemente, an Polen ihr Mütchen kühlen zu können. Der polnische Nationalismus ist natürlich genau so zu verurteilen. Die Abstimmung muß beschleunigt werden, damit im Lande Ruhe eintritt. Die oberschlesische Bevölkerung ist ungemein wankelmütig, letzte Eindrücke werden den Ausschlag geben. In Frankreich lauert eine starke Strömung auf einen Vorwand, um etwas Neues gegen Deutschland zu unternehmen. Dazu darf ihr keine Gelegenheit gegeben werden, darum sind die Breslauer Vorgänge so bedenklich. Für die Kinderlichkeiten einer Fahnenaffäre haben wir

sehr wenig Verständnis, aber Vorwände für ein neues Vorgehen gegen Deutschland dürfen nicht geboten werden. Für die Ermordung Mirbachs ist ausreichend Sühne gegeben worden. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland dürfen an solchen Fragen nicht scheitern.

Schiffer (Dem.):

Die Idee des neutralen Freistaats Oberschlesien ist äußerst gefährlich. Sie wird von gewissen kapitalistischen Kreisen zähe verfolgt, die Regierung sollte darauf ihr Augenmerk richten.

Müller-Franken (Soz.)

fragt, ob und wann die Abreise der geplanten wirtschaftlichen Kommission nach Rußland erfolgen soll und mit welchem Vertreter Wrangels Minister Simons gesprochen hat. Ueber die Frage der oberschlesischen Autonomie muß Klarheit geschaffen werden, ob Autonomie im Rahmen des Reiches oder Preußens.

Dr. Stresemann (D. Vp.)

hält es für möglich, daß die Wirren in Oberschlesien von Frankreich aus geschürt werden, um Deutschland bei der Ausführung des Kohlenabkommens in Verzug zu bringen und einen Vorwand für die Besetzung des Ruhrreviers zu gewinnen. Was in Breslau geschehen ist, ist so ziemlich das Schlimmste, was uns passieren konnte.

Minister Dr. Simons:

Die Interviews sind nicht ganz falsch, aber verzerrt. Ueber das Vorgehen der Polen in Oberschlesien haben wir durch unseren Vertreter in Warschau Beschwerde geführt. Die Studienkommission im Ruhrrevier zur Feststellung der Lebensverhältnisse der Arbeiter ist noch nicht ins Leben getreten. Ueber die Erledigung des Falles Mirbach haben wir keinerlei Verständigung erhalten, die Mörder sind nicht gefaßt. Indes sind wir keine unpraktischen Ideologen. Die private Wirtschaftskommission, die nach Rußland sollte, ist durch die kriegerischen Ereignisse zurückgehalten worden, von nun an steht ihrer Abreise nichts im Wege. Wrangels Freunde, die sich an mich wandten, waren Privatpersonen, denen ich über unsere Neutralitätspolitik reinen Wein eingeschänkt habe. Bezüglich der Autonomie Oberschlesiens wünscht auch das Auswärtige Amt rasche und klare Erledigung.

Ledebour (U. Soz.)

wendet sich gegen einen auch von Scheidemann unterzeichneten Antrag Haußmann und Genossen, der von der Regierung für den Reichstag authentisches Material über die polnischen Uebergriffe verlangt, da der Antrag in dieser Fassung tendenziös ist.

Der Antrag wird nach einer redaktionellen Aenderung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen und die Sitzung darauf geschlossen.

Polnisch-litauischer Krieg.

Der Angriff Polens auf Litauen, den der Warschauer Heeresbericht als „freundschaftliche Neutralität" hinstellte, hat Folgen gehabt, die nicht mehr weit vom Kriegszustand entfernt sind. Die Polen setzen ihren völkerrechtswidrigen Angriff auf das neutrale Litauen fort, dem sie die Rolle Belgiens aufzwingen zu wollen scheinen. Sie werden dieses aufstrebende Land in das Sowjetelend hineintreiben, da sie es imperialistisch verschlingen wollen. Ob sie damit einer neuen und stärkeren russischen Gegenoffensive entgehen, ist sehr zweifelhaft.

Die litauische Telegraphenagentur meldet: Da die Polen ganz im Widerspruch zu den gepflogenen Verhandlungen über die Festsetzung der Demarkationslinie mit Litauen nach Kämpfen mit litauischen Truppen am 30. August Suwalki besetzten und ihnen wenige Tage vorher Augustowo entrissen, wurde der polnischen Militärmission in Kowno nahegelegt, das litauische Territorium zu verlassen, da ihre Anwesenheit dem früheren Zweck nicht mehr entspreche. Sie reiste deshalb nach Warschau zurück. Die beabsichtigte Entsendung einer litauischen Delegation nach Warschau kommt unter diesen Umständen auch nicht mehr in Frage. — Litauischer Generalstabsbericht vom 1. September: Im Süden mußten Teile der Mariampoler Truppen unter dem Drucke der viel stärkeren Polen nach Kämpfen zurückgehen. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Polen und wir.

Im polnischen Parlament muß sich jetzt Daszynski gegen die Beschuldigung verteidigen, ein — Bündnis mit Deutschland anzustreben. Inzwischen gehen Gerüchte, daß auch Polen Sühne für Breslau verlangen wolle. Da kann man nur mit der Frage antworten, ob auch Polen zur Entstehung eines nationalbolschewistischen Sowjet-Deutschlands beitragen will. Frankreich ist der Sieger, Frankreich hat immerhin auch schon Versuche zur Wiederversöhnung gemacht. Polens neue Geschichte beginnt mit dem — trotz alledem — auch für seine Befreiung vergossenen deutschen Blut, und bisher war sie, was uns angeht, eine lückenlose Kette von Gewaltsamkeit, Rechtsbruch und grenzenlosem, rachsüchtigem, ungezügeltem Haß; ausgeübt auch schon gegen jenes neue, demokratisch-sozialistische Deutschland, das jede Gemeinschaft mit den hohenzollersch-habsburgischen Kriegsherren und Ausräumern Polens von sich wies — und fortgesetzt gegen die schuldlosen Deutschen, die die Weltverderber von Versailles polnischer Fremdherrschaft unterstellten, und gegen die Deutschen in Oberschlesien, die doch schließlich, trotz Korfanty, auch das Recht zum Leben haben.

Die neue russische Offensive soll von Grodno aus einsetzen, man hofft, den polnischen Korridor bald wieder abzusperren. Gelingt das, dann wird auch der den Danziger Hafenarbeitern abgepreßte „Beschluß", die Polenmunition auszuladen, nichts helfen.

Ueber den Abtransport der übergetretenen Russen durch den Korridor wird am 3. September in Posen zwischen Deutschland und Polen verhandelt.

Einmischung ist Sowjetpflicht.

Reval, 31. August. (O. E.) Die Sowjetregierung sagt in einem Funkspruch „an Alle": Die Einmischung in die polnische innere Politik, die sie bei der Forderung der Bewaffnung der Arbeiter anstrebte, sei eine Einmischung zugunsten der Arbeiter und der Bauern gewesen. Der Funkspruch erklärt die Waffenlieferungen der Entente ebenfalls für eine Einmischung, da mit diesen Waffen die polnischen Arbeiter unterdrückt würden, und fügt hinzu: „Die proletarische Einmischung ist die größte Errungenschaft des revolutionären Kampfes und ein Unterpfand unseres Sieges. Für diese Einmischung sind wir immer gewesen, für diese Einmischung werden wir auch jetzt kämpfen."

Beiderseitige Offensive.

Königsberg, 1. September. (WTB.) Der polnische Nordflügel bei Suwalki und zwischen Augustowo-Kanal und dem Forst von Bjelowesch ist in langsamem Vorschreiten. Die litauischen Truppen werden kampflos zurückgenommen. Auf russischer Seite zeigt sich Widerstand nur an der Bahn von Wolkowysk und südlich des Narew. Der Angriffsabschnitt der Armee Budjennys wurde nach Norden bis südwestlich Cholm erweitert. Zamosycze in Ostgalizien wurde von den Russen genommen. Oestlich von Lemberg wurden polnische Angriffe abgewiesen.

Zwing-Danzig.

Danzig, 1. September. („Frk. Ztg.") Der amerikanische Kreuzer Pittsbourg ist hier eingelaufen.

Zwei russische Noten zur Neutralität.

Berlin, 1. September. Wie die T.-U. meldet, hat der Vertreter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Victor Kopp, an das Auswärtige Amt zwei Noten überreicht. Die erste lautet:

Durch den Gang der militärischen Operationen am Nordflügel der russischen Armee war ein Teil der Streitkräfte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik gezwungen, die ostpreußische Grenze zu überschreiten. Die russischen Truppen begaben sich auf das Gebiet, daß sowohl de facto wie de jure der Oberhoheit des Deutschen Reiches untersteht. Auf Grund des bestehenden Friedenszustandes zwischen dem Deutschen Reiche und der Russischen Sowjetrepublik und im Hinblick auf die Neutralitätserklärung der Deutschen Regierung sollen die übertretenden russischen Truppen entwaffnet und in Deutschland interniert werden. Diese Entwaffnung und Internierung ist ausschließlich Sache der Behörden des Deutschen Reiches, das der Russischen Sowjetrepublik gegenüber die volle Verantwortung für die ordnungsmäßige Durchführung der ganzen Aktion sowie für die Aufnahme und Aufbewahrung des von den Truppen mitgebrachten Heeresgutes trägt.

Angesichts dieser völkerrechtlichen Sachlage stellt die durch zuverlässige Nachrichtenquellen beglaubigte **Beteiligung der sogenannten Interalliierten Kommission** bei der Entwaffnung und Internierung der russischen Truppen eine vollkommen unzulässige Einmischung dritter Mächte in eine Aktion vor, die sich ausschließlich zwischen Deutschland und Rußland abzuspielen hat. Diese Einmischung ist um so unzulässiger, als sie von den Mächten ausgeht, die nachweisbar direkt oder indirekt sich an dem russisch-polnischen Kriege zugunsten Polens beteiligen. Sie ist demnach nichts anderes als ein durch dritte Mächte auf dem Boden des Deutschen Reiches zugunsten Polens begangener **Bruch der Neutralität.**

Indem der ergebenst Unterzeichnete die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts auf diese Tatsache lenkt, bittet er die Deutsche Regierung, **an deren guten Willen, die Neutralität aufs strengste zu wahren, er keinen Zweifel hegt,** dafür Sorge tragen zu wollen, daß die Einmischung der Interalliierten Kommissionen in die Entwaffnungs- und Internierungsaktionen künftig **unter allen Umständen unterbleibt.** Die Russische Sowjetregierung ist bereit, die aus dem Uebertritt der russischen Truppen auf das deutsche Gebiet sich ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen auf sich zu nehmen und für den Unterhalt ihrer Truppen finanziell zu sorgen. Sie wird ihre Pflichten aber nur dann erfüllen können, wenn sie die Sicherheit besitzt, daß ihre Truppen und ihr Heeresgut sich in der Gewalt eines neutralen Staates befinden und nicht Gegenstand der Verfügungen dritter Mächte werden können, deren Parteinahme für das gegen die Russische Sowjetrepublik kämpfende Polen für alle Welt außer Zweifel steht.

Die zweite Note hat folgenden Wortlaut:

Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird die Nachricht verbreitet, daß bei dem Uebertritt der russischen Truppen über die deutsche Grenze bei Klein-Leschienen die polnischen Truppen ihnen auf das **deutsche Gebiet gefolgt** sind und sie auf deutschem Gebiet entwaffneten, worauf die Polen sich wieder entfernt haben, ohne anscheinend durch die deutschen Behörden daran gehindert zu werden.

Unter der Voraussetzung, daß diese Meldung zutreffend ist, legt der ergebenst Unterzeichnete namens seiner Regierung gegen die auf dem Gebiet des Deutschem Reichs an den Staatsangehörigen verübte Gewaltat entschiedenen Protest ein. Er bittet um baldige Klarstellung des Falles nach folgenden Gesichtspunkten:

1. Sind bei dem gemeldeten Vorfall die deutschen Behörden oder deutsche Staatsangehörige überhaupt beteiligt gewesen;

2. welche Maßnahmen hat die Deutsche Regierung ergriffen, um von der polnischen Regierung **Genugtuung für den durch polnische Truppen verübten Neutralitätsbruch** zu erhalten;

3. wie gedenkt die Deutsche Regierung in Zukunft derartige Vorkommnisse unmöglich zu machen?

Die russischen Noten erkennen den guten Willen der deutschen Regierung, ihre Neutralität zu wahren, ausdrücklich an. Sie sind denn auch in durchaus ruhigem Tone gehalten und enthalten — im Gegensatz zu der Ankündigung einer früheren Meldung — keinerlei Vergeltungsdrohung. Wir können sie nur als einen der Ordnung wegen erhobenen formalen Protest betrachten, denn sachlich dürften die Schwierigkeiten der deutschen Regierung zum mindesten dem Berliner Vertreter der Sowjetrepublik durchaus bekannt sein. Die russische Regierung weiß und muß wissen, daß Deutschland der Entente gegenüber materielle Machtmittel nicht besitzt und daß ferner die ihm an der Grenze zur Verfügung stehenden Streitkräfte so gering sind, daß einzelne geringfügige Grenzverletzungen nicht unbedingt verhindert werden können. Beide Noten, namentlich aber die zweite, gehen übrigens, was sie selbst erkennen lassen, von sehr unsicheren und noch keinesfalls einwandfrei festgestellten Tatbeständen aus. Wie sich aber die Dinge im einzelnen auch verhalten mögen, der feste Wille des deutschen Volkes zur Wahrung seiner Neutralität wird der deutschen Regierung zwangsläufig ihren Kurs vorschreiben.

Das Morden geht fort.

Deutscher Protest in Oberschlesien.

Beuthen O.-S., 1. September. Das Plebiszitkommissariat für Deutschland, gez. Dr. Urbanek, richtete heute an den Vorsitzenden der Interalliierten Kommission General Le Rond ein Telegramm, in dem es einleitend heißt: Das Morden gegen die Deutschen geht weiter. Zum Beweise werden hierauf Mordtaten aufgezählt, die seit den Tagen des Beuthener Abkommens sich ereigneten: Die Ermordung zweier junger Männer in Neudorf und dreier Gendarmen in Groß-Pantow; die Verstümmelung eines jungen Mannes in Bobrek, dem beide Augen ausgestochen wurden; die furchtbare Mißhandlung eines im Vertrauen auf die polnisch-deutschen Vereinbarungen zurückgekehrten Gemeindevertreters in Karf. Dann heißt es: Der polnische Aufstand ist heute 14 Tage alt. Durch 14 Tage haben die Deutschen, obwohl zu bewaffneter Notwehr berechtigt, diese nicht angewandt. Von der staatlichen Autorität verlassen, schutzlos den polnischen Banden preisgegeben, suchten die deutschen Führer Verständigung mit den Polenführern, um das deutschgesinnte Volk durch eine Hoffnung wenigstens von Verzweiflungsakten zurückzuhalten. Im sicheren Bewußtsein unserer moralischen Position, gestärkt durch heroische Geduld von 14 Tagen voll Blut und ohne Gegenwehr protestieren wir gegen die Fortsetzung des Mordens und fordern, daß Korfanty, der noch im Aufruf zur Beendigung des Aufstandes das „männliche und einheitliche Vorgehen" der Polen zu preisen wagte, angesichts des weitergehenden Mordens von der Interalliierten Kommission gezwungen wird, öffentlich und uneingeschränkt in schärfster Form gegen die Fortsetzung der Gewalttaten sich mit seiner ganzen Person einzusetzen. Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen der bewaffneten Macht.

Opfer Oberschlesiens.

1700 Sicherheitspolizisten, die Oberschlesien verlassen mußten, wurden in Breslau von den Behörden empfangen und begrüßt; sie werden auf Niederschlesien verteilt.

Der italienische General de la Merrassini, Mitglied der Interalliierten Kommission in Oppeln, hatte in Kattowitz eine Besprechung mit den Vertretern der polnischen Organisation. Er erkundigte sich nach der Lage im Kreise Kattowitz. Die Polen machten die Ruhe von dem Erfolg der Zusagen durch die Koalitionskommission, wie sie vorige Woche in Oppeln gemacht wurden, abhängig und verlangten die Kontrolle über Post und Eisenbahn. General de la Merrassini sagte, daß er diese Forderungen als einziges Mitglied der Kommission nicht berücksichtigen könne, sie aber den Vertretern Englands und Frankreichs vorlegen werde.

Die P. P. N. melden aus Hindenburg: Am 23. August wurde eine Lehrerin in Mathersdorf von Polen durch Stockschläge mißhandelt. — In Bilschowitz wurde der Kriminalbeamte M. schwer mißhandelt. Der Oberwachtmeister B. wurde mit Todschlag bedroht.

Der bisherige Gesandte der ukrainischen Petljura-Regierung, Dr. Porsch, ist von seinem Posten zurückgetreten. Seine Vertretung hat vorläufig Legationssekretär Dr. v. Siotzkij.

Die Breslauer Studenten.

Die Nationalistenpresse hatte von einem Wohlverhaltungszeugnis des Oberpräsidenten Gen. Zimmer für die Studenten gesprochen. Oberpräsident Zimmer teilt nun mit:

In der Besprechung mit den Studentenvertretern ist von mir lediglich versprochen worden, in einer gelegentlichen Besprechung mit den hiesigen Pressevertretern darauf aufmerksam zu machen, daß zurzeit Universitätsferien sind und der größte Teil der Studenten nicht in Breslau ist. Es müßte zugegeben werden, 1. daß, da in der jetzigen Ferienzeit die Studenten keine Farben tragen, jemand als Student schwer zu bestimmen ist, 2. daß bis jetzt kein Student festgenommen ist, 3. daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß polnische Studenten die Menge aufgehetzt haben. Ich habe aber warnend darauf hingewiesen, daß seit den Kapp-Tagen bei einem großen Teil der Bürgerschaft eine erhebliche Abneigung gegen die Studenten vorhanden ist und diese im eigenen Interesse bestrebt sein müßten, sich einige Zurückhaltung aufzuerlegen.

Klingt nicht gerade wie ein Wohlverhaltungszeugnis — im übrigen, ob studentischer oder nichtakademischer Radaubruder — gefaßt wird er doch nicht.

Spaltung der norwegischen Partei.

Von einem gelegentlichen norwegischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: In Norwegen besteht seit Jahren die Eigentümlichkeit, daß die sozialistische Parteiorganisation im Anschluß an die Gewerkschaftsorganisationen aufgebaut ist. Damit hängt es — bei dem besonderen Charakter der norwegischen Gewerkschaften — vielleicht zusammen, daß die Partei immer mehr von dem Gedanken der direkten Aktion beherrscht wurde, obwohl diese theoretische Ueberzeugung sich praktisch bisher keineswegs stark geäußert hat. Auf dem Parteitag zu Kristiania hat sich im Jahre 1919 die Partei mit großer Mehrheit für den Anschluß an die Dritte Internationale entschieden, doch unter Vorbehalt ihres stark antimilitaristischen Programms. Die Folge dieses Beschlusses war die Entstehung einer antibolschewistischen Opposition innerhalb der Partei, die in dem Blatt „Arbeiderpolitiken" ihre eigene Zeitung hat.

In letzter Zeit scheint die Stimmung für eine vollständige Trennung in der Partei zu wachsen, obwohl es für die Parteiopposition keine leichte Aufgabe sein wird, eine selbständige sozialdemokratische Partei zu schaffen. Jetzt aber, nach dem Moskauer Kongreß, hat „Arbeiderpolitiken" sich offen für eine Trennung erklärt, während auf der anderen Seite das offizielle Hauptorgan der Partei „Socialdemokraten" seine Zufriedenheit" darüber äußert, von den „Konterrevolutionären" befreit zu werden. Die organisatorische Trennung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist damit auch für Norwegen in greifbare Nähe gerückt.

•

Das norwegische Gewerkschaftskartell hat, wie wir erfahren, dieser Tage 33 000 M. als Spende für die notleidende Bevölkerung des Erzgebirges nach Chemnitz gelangen lassen.

Italienische Sozialisierung.

Mailand, 1. September. (WTB.) Die Metallarbeiter von Mailand, Rom und Neapel haben zahlreiche Betriebe besetzt und rote Fahnen gehißt. In Mailand handelt es sich um 160 Werkstätten, in denen nach „kommunistischen Ideen gearbeitet" werden soll. Die Fabrikleitungen haben jede Verbindung mit den Werkstätten abgebrochen und wollen die Arbeiter für alle Schäden haftbar machen. — Laut Meldung des „Echo de Paris" aus Rom wird die Anzahl der Metallfabriken außerhalb Mailands, die die Arbeiter in Besitz genommen haben, auf 300 geschätzt. Außenminister Sforza hat einigen sozialistischen Kammermitgliedern erklärt, daß die Konferenz in Luzern nicht als ein Zurückzieher der italienischen Politik gegenüber Rußland anzusehen sei und daß Wrobleswki, der Handelsvertreter Sowjetrußlands, sehr freundlich in Italien empfangen würde.

Unabhängige Reichskonferenz.

Crispiens Leidensweg in Moskau.

Die Reichskonferenz der U. S. P. setzte auf Antrag Ledebours die Referate der Moskauer Delegierten an die Spitze der Verhandlungen.

Crispien als erster Referent begann mit einer Betrachtung über die Leipziger Beschlüsse. Vor der Abreise der Moskauer Delegierten sei wiederholt vom Parteivorstand über die Grundlage der Verhandlungen mit Moskau gesprochen worden. Man habe vereinbart, auf der Grundlage der Autonomie und der selbständigen Verwaltung der inneren Parteiangelegenheiten zu verhandeln, **ohne daß damals jemand Widerspruch erhoben hätte, auch nicht Stoecker oder Däumig.** Um so erstaunter sei er, Crispien, gewesen, als in einer Besprechung der Delegation am 21. Juli in Moskau Stoecker folgendes meinte:

Dittmann und Crispien hätten allein zu verhandeln,

da diese für Verhandlungen gewesen seien, Däumig und Stoecker dagegen seien für den Anschluß schlechthin! — Am gleichen Tage hatte die unabhängige Delegation eine Verhandlung mit Cachin und Frossard von der französischen Partei, um vielleicht gemeinsame taktische Linien für die Verhandlungen zu finden. Damals haben nach Crispien auch Cachin und Frossard betont, daß ihre Partei die volle Autonomie verlange, daß die Aenderung des Namens gar nicht in Betracht käme, daß eine Vertretung im Exekutivkomitee beansprucht werden sollte, sowie volle Selbständigkeit in der Behandlung innerer Parteiangelegenheiten. (Heute treten Cachin und Frossard bekanntlich begeistert für Annahme der 21 Unterwerfungspunkte ein. Red.)

Crispien schilderte dann weiter den Empfang der unabhängigen Delegation durch das Exekutivkomitee. Wir lassen seine Darstellungen hier wörtlich nach dem „Freiheit"-Bericht folgen:

Am gleichen Tage fand die erste Sitzung mit dem Exekutivkomitee statt. Wynkopp aus Holland empfing uns mit der Bemerkung: **„Ihr seid die Regierungssozialisten aus Deutschland."** Er verlangte, daß die deutsche Delegation **sofort aus dem Saale gewiesen werden solle.** Das Verlangen mußte abgelehnt werden, da ja die deutsche Delegation von Moskau besonders eingeladen worden war. . .

Nach dieser wahrhaft herzlichen Begrüßung stellte Radek mit den U.S.P.-Delegierten ein hochnotpeinliches Verhör an. Er legte ihnen acht Fragen zur Beantwortung vor, von denen sich sieben auf die Vergangenheit und eine auf die Zukunft der Partei bezogen. In der ersten Frage wird gesagt, daß das Antwortschreiben an das Exekutivkomitee die Tatsache negiere, daß die U. S. P. einen rechten und linken Flügel habe, daß die Massen hinter dem linken Flügel ständen, daß dagegen die rechten Führer den Willen der Massen sabotieren. Ob die ganze Delegation dafür die Verantwortung übernehme?

Sowjet-Parlamentarismus.

Die „Freiheit" veröffentlicht die Leitsätze der Dritten Internationale für die parlamentarische Tätigkeit. Danach hat der Kommunist darauf auszugehen, alle Parlamentsinstitutionen, gleichviel welcher Art, zu vernichten. Die Parlamentstribüne soll nur ein Hilfsstützpunkt im Bürgerkrieg sein („Und der Bürgerkrieg ist ein Krieg; in diesem Krieg muß das Proletariat sein tapferes politisches Offizierkorps haben," verordnet Moskau in Absatz 9 dieser Richtlinien.)

Das schönste ist, daß das kommunistische Zentralkomitee, das wiederum nach den Weisungen von Moskau handelt, das Recht erhalten soll, **jeden beliebigen Kandidaten von der Liste zu streichen.** Die alten erfahrenen Parlamentarier sind abzusägen und in der Hauptsache Arbeiter aufzustellen. Ganz wie Wilhelm von Amerongen das einst wünschte: „Schickt Mir den schlichten Mann aus der Werkstatt." Die Kommunistische Fraktion darf sich ihren Vorstand **nicht selbst wählen,** sondern bekommt ihn vom Zentralkomitee (lies: Moskau) eingesetzt. Jede Rede, mindestens die Richtlinien jeder Rede sind dem Zentralkomitee vorher zur Genehmigung vorzulegen. Jeder Abgeordnete muß sich verpflichten, auf die erste Aufforderung, nicht etwa seiner Wähler, sondern des Zentralkomitees, hin sein Mandat niederzulegen. Nicht der Wählermasse, sondern dem Parteikomitee gegenüber ist er verantwortlich. Im Parlament hat er sich herausfordernd aufzuführen und eine Sprache zu führen, die „jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist". Wir möchten nach diesem Rezept gerne einmal eine kommunistische Rede über die Besteuerung der Valutagewinne hören!

In der Gemeinde hat der Kommunist revolutionäre Opposition gegen die staatliche Zentralgewalt zu treiben und Konflikte mit der Staatsgewalt herbeizuführen; seine ganze Arbeit muß „ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit" der Kommunisten sein.

Diese Leitsätze ergänzen würdig das Bild der bolschewistischen Despotie, das sich schon aus dem hier gewürdigten Anschluß-Programm, den 21 Punkten, ergibt. Das ist die „Diktatur über das Proletariat"!

Uebrigens enthalten die Moskauer Bedingungen eine Bestimmung, gegen die nach unserer Auffassung auch die Stoecker und Däumig die ernstesten Bedenken kaum werden unterdrücken können. Nach Gebot IV Absatz 6 hat der kommunistische Abgeordnete bei Straßendemonstrationen die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen. . .

Groß-Berlin

Die Groß-Berliner Bürgermeisterwahl.

Wermuth Oberbürgermeister — Genosse Ritter Bürgermeister.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Weyl tagte am Mittwochabend der Fünfundzwanziger-Ausschuß, der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Beratung der Wahl der Mitglieder des neuen Berliner Magistrats. Von den Unabhängigen wurde der Oberbürgermeister Wermuth als Oberbürgermeister in Vorschlag gebracht und nach längerer eingehender Beratung mit 14 gegen 11 Stimmen von dem Ausschuß als Kandidat für die Wahl empfohlen. Von bürgerlicher Seite wurde der Oberbürgermeister Luther-Essen als Kandidat aufgestellt, der längere Zeit hier in Berlin als Direktor und Geschäftsführer des Deutschen und Preußischen Städtetages tätig gewesen ist. Als Bürgermeister wurde von beiden sozialistischen Fraktionen unser Genosse Stadtrat Adolf Ritter als Kandidat genannt. Von bürgerlicher Seite wurde der Kämmerer Scholz-Charlottenburg und der Bürgermeister Wiesener-Tempelhof in Vorschlag gebracht. Mit 14 gegen 11 Stimmen wurde Stadtrat Adolf Ritter vom Ausschuß als Kandidat aufgestellt. Die nächste Tagung des Ausschusses soll am Freitag stattfinden.

Eine Mahnung an die Arbeitslosen.

Seit einiger Zeit versuchen unverantwortliche Elemente, die Arbeitslosen Groß-Berlins für ihre Zwecke zu mißbrauchen. In den letzten beiden Tagen fanden im Friedrichshain von diesen Leuten einberufene Arbeitslosen-Versammlungen statt, an die sich Demonstrationszüge knüpften. Der Groß-Berliner Erwerbslosenrat hat bereits in unserer Dienstagmorgenausgabe vor diesen Treibereien gewarnt. Angesichts der gestern abermals stattgefundenen Demonstration am Friedrichshain, in der ein „wilder" Arbeitslosenrat gewählt wurde, möchten wir auch unsererseits die Arbeitslosen in ihrem eigenen Interesse vor Unbesonnenheiten warnen, um so mehr als die Gefahr besteht, daß dunkle Elemente die wirtschaftliche Not der Erwerbslosen ausnützen, um sie zu Ausschreitungen und Plünderungen aufzustacheln. Die Veranstalter der letzten Demonstration sind völlig unbekannt und haben, wie hier nochmals betont sei, mit dem Erwerbslosenrat der Stadt Berlin nichts zu tun.

Wir raten den Erwerbslosen dringend, sich ihre Leute genau anzusehen und sich nicht zu unlauteren Zwecken mißbrauchen zu lassen, da sie dadurch ihre Lage nur verschlimmern, sich die Sympathien der Bevölkerung verscherzen und nicht zuletzt sich und ihren Familien neues Elend und Unglück bringen.

Beachtet die Eisenbahnpolizeivorschriften!

Gegen die Bahnpolizeivorschriften wird in letzter Zeit mehr denn je verstoßen. Im allgemeinen mag das in der jetzigen Zeit begründet liegen, oft aber mag auch Unkenntnis der Bestimmungen zugrunde liegen. Da nun in letzter Zeit Prämien für die Beamten, die Bahnpolizeiübertretungen zur Meldung bringen, ausgesetzt sind, so mehren sich die Strafverfolgungen ganz außerordentlich. Es ist daher für jedermann wichtig, sich mit den geltenden Bestimmungen vertraut zu machen. Die Bestimmungen sind in gesetzeskrafthabenden Vorschriften, der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung und der Eisenbahnverkehrsordnung, festgelegt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 M. bestraft. Am meisten wird in betrieblicher Hinsicht wohl gegen den § 81 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung verstoßen. Er besagt:

1. Die Reisenden dürfen nur an den dazu bestimmten Stellen und nur an der dazu bestimmten Seite der Züge ein- und aussteigen.

2. Solange der Zug sich in Bewegung befindet, ist das Oeffnen der Wagentüren, das Ein- und Aussteigen, der Versuch oder die Hilfeleistung dazu, das Betreten der Trittbretter und Plattformen, soweit der Aufenthalt hier nicht ausdrücklich gestattet ist, verboten.

3. Es ist untersagt, Gegenstände aus dem Wagen zu werfen, durch die ein Mensch verletzt oder eine Sache beschädigt werden könnte.

Besonders der Aufenthalt auf den Trittbrettern und Bremshäuschen und das frühzeitige Oeffnen der Wagentüren beim Einfahren in einen Bahnhof wird mit besonderer Schärfe verfolgt. Zugüberfüllungen gelten nicht strafmildernd. Auch das Rauchen in Nichtraucher-Abteilen kann strafrechtlich verfolgt werden.

Sehr viel wird auch gegen den § 16 der Eisenbahn-Verkehrsordnung, besonders gegen den Absatz 5, verstoßen: „Wer ohne die Absicht mitzureisen in einem zur Abfahrt bereitstehenden Zuge Platz nimmt, hat 20 M. zu entrichten". Fast täglich werden Reisende, die dagegen verstoßen, auf den Fernbahnhöfen festgestellt. Sie begleiten ihre Angehörigen auf den Bahnsteig, sind ihnen beim Einsteigen in den Zug behilflich und nehmen bis zur Abfahrt im Abteil Platz und sind dann recht erstaunt, wenn sie bei Prüfung der Karten zur Entrichtung der 20 M. angehalten werden. Oft geschieht dieses Platznehmen natürlich auch in der Absicht, den Angehörigen ein recht bequemes Reisen zu ermöglichen, da hinzukommende Reisende annehmen müssen, daß die Plätze besetzt sind.

Selbstverständlich machen sich Reisende, die mit einer Fahrkarte 3. Klasse in der 2. Klasse ohne direkte Anweisung eines Zugbeamten Platz nehmen und dies nicht sofort dem Zugführer oder Schaffner melden, strafbar. Zugüberfüllung gilt auch hier nicht als Entlastung. Auf der Stadt- und Ringbahn darf unter keinen Umständen eine höhere Klasse benutzt oder über die Zielstation hinausgefahren werden. In beiden Fällen muß der Reisende Uebergangs- oder Zuschlagskarten vorher lösen, sonst wird er als Reisender ohne Fahrkarte angesehen; ebenso wird verfahren, wenn er eine ungelochte Fahrkarte vorzeigt.

Das Publikum kann sich viel Ungelegenheiten und Geldstrafen ersparen, wenn es diese Vorschriften beachtet. Die Bestimmungen sind unerläßlich, um einen geordneten Verkehr durchzuführen.

M.

Erleichterungen im Güterverkehr.

Wie erinnerlich, sind innerhalb des Berliner Eisenbahndirektionsbezirks im Juli vorigen Jahres für bestimmte der Beraubungsgefahr besonders ausgesetzte Güter bei Aufgabe als Stückgut Zwangsmaßnahmen getroffen worden, die das Wirtschaftsleben zwar in gewissem Sinne beeinträchtigen, aber leider durch die Ungunst der Verhältnisse unerläßlich waren. Nachdem sich die Betriebslage nunmehr gebessert hat und die Zeitverhältnisse Erleichterungen für die Verkehrtreibenden erfordert, hat sich die Eisenbahndirektion Berlin zum Abbau dieser Zwangsmaßnahmen entschlossen. Mit sofortiger Gültigkeit ist deshalb angeordnet worden, daß Stückgüter allgemein wieder wahlweise als Fracht- oder Eilgut zur Beförderung aufgegeben werden können, soweit nicht die Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung entgegen stehen. Unberührt von dieser Freigabe bleiben also die durch die Eisenbahnverkehrsordnung gegebenen Bestimmungen über die Beförderung

Das Licht der Heimat.

2] **Von August Hinrichs.**

Copyright by Quelle & Meyer, Leipzig.

Die Pastorin wollte mit ihren Leuten rasch im Dunkeln verschwinden, aber der Voßbauer rutschte blindlings das steile Strohdach herab und stand plötzlich vor ihnen. Er schrie alle Gäste zusammen und behauptete, daß es eine Sünde wäre, der Jugend die Freude zu verderben und die beste Tänzerin zu entführen.

Er holte die Brauteltern herbei, die bereitwillig versprachen, das Mädchen später sicher heimzugeleiten — und so mußte die Pastorin, von allen bedrängt, mit sauersüßer Miene einwilligen und es zurücklassen.

Meta Heyen tanzte an diesem Abend, wie sie in ihrem Leben nicht getanzt hatte.

Alles Spröde und Herbe an ihr schmolz. Ihre Seele, die noch beengt war von den bitteren Erlebnissen der letzten Jahre, vertraute sich dem Leben wieder an. Ihre Augen leuchteten vor Freude, und ihr schöner Körper, der nur den harten Takt der Arbeit kannte, atmete befreit die ungebundene Lust und wiegte sich lose und lässiger im Tanz.

Alle sahen es, fühlten es, wie durstig ihre Augen glänzten. Aber wer sie herumschwenken wollte, mußte rasch zugreifen, sonst konnte er hinter dem Voßbauern hersehn. Dina Geerts saß bleich in der Ecke und hatte rote Augenlider. Zehnmal wollte sie gehen, aber sie konnte nicht, ihr Herz schrie nach dem Einen, der ihr gehören sollte.

Aber der sah nur Meta Heyen, wie sie mit heißer Lust die Freude einsog, wie ihre Brust sich hob, wie ihre Glieder den Takt der Musik aufnahmen. O, und doch war es keine von den Demütigen — wie stolz sie den Kopf trug!

Dina Geerts saß da, ganz müde und zerbrochen, — mochte sie! Ein gutes Wort, morgen oder übermorgen, und sie hing ihm wieder am Hals. Aber diese Stolze, Hohe, Feine, die einmal an sich reißen! Dies braune, glänzende Haar einmal mit heißen Fingern zerwühlen, diese Lippen zerküssen, diesen schlanken Leib umfassen — sein Gesicht spannte sich, sein Lachen wurde eisern — das Herrenrecht brauchen, hart und stolz — das lohnte sich!

Da war keiner, der dem Voßbauern etwas streitig machen konnte. Harm Folkers war ein fester Kerl, aber er tanzte nicht. Er saß stumm an der Seite, und wenn Meta Heyen vom Tanz kam, fühlte sie seinen Blick. Immer sah er sie an, mit tiefen, traurigen, hungrigen Augen. Warum kam er nicht und tanzte mit ihr

Sein Vater war ein kleiner Heuermann — was wollte er gegen den Voßbauern? Aber seine Augen verschlangen sie. Unbehaglich wandte sie den Kopf.

Ein sieghaftes Lächeln über der bunten Menge — sie tanzte. Keiner wollte heute Schluß machen, aber endlich kam doch der letzte Tanz. Nur noch der Säbensprung. Den tanzte jeder mit der, die einmal die Seine werden sollte.

Dina Geerts reckte sich vor und wartete.

Aber der Voßbauer ging an ihr vorüber. Er stieß zur Seite, was ihn hindern wollte.

Da stand Harm Folkers vor ihm und sperrte ihm den Weg.

„Ubbe," sagte er mit zitternden Lippen, und schwieg wieder.

„Was gibts, Harm?"

„Ubbe, wenn du dich unterstehst —!" Jetzt saßen ihre Blicke ineinander.

„Was willst du? Tanze, Harm, tanze!"

„Ubbe, du weißt, was ich meine —"

„Keinen Schimmer — aber komm, die Mädchen warten, tanze doch, Junge!"

Harms Fäuste ballten sich, seine Zähne knirschten aufeinander. „Wenn du dich unterstehst — und dies Mädchen anrührst — Ubbe — ich leids nicht, hörst du?"

„Hoho — was du dir einbildest! Trinke, Harm und tanze — tanze, Junge!"

Er trat lachend vor Meta Heyen.

Dina Geerts kroch wie ein kleiner Vogel ganz in sich zusammen.

Harm Folkers stand und sah ihnen zu. Seine Fäuste lösten sich, seine Arme hingen schlaff herunter. Wie der Voßbauer sie im Arm hielt — er konnte die Augen nicht losbringen davon.

Der Tanz war zu Ende, alles wirbelte durcheinander. Die Brautkrone schwankte von ihrem Haken und wurde an einer Stange befestigt.

Alles drängte zur Tür hinaus.

Er sah vorn den Voßbauern mit dem Mädchen am Arm, hoch schwankte die Krone über ihnen, die bunten Bänder flatterten.

Die Musik schmetterte in die Nacht hinaus, mit Lärm und Lachen stob alles hinterdrein. Altem Herkommen gemäß brachte das junge Volk die Krone nach dem Hause, in dem man die nächste Hochzeit vermutete.

Still lag plötzlich die Diele um Harm Folkers. —

Verlegen strich das junge Ehepaar an ihm vorüber.

Da raffte er sich auf und taumelte hinter den andern her.

Ja, das war ein lustiger Abschluß der Hochzeit gewesen. Jetzt war Meta Heyen mit dem Voßbauern allein. Zerstoben im Dunkel war das junge Volk, um paarweise den Heimweg anzutreten. Bald hier, bald da scholl noch von den andern Wegen ein Lachen, ein Kichern und unterdrücktes Kreischen durch die Nacht.

Sie legte den Kopf in den Nacken, sah zu den Sternen auf und ließ den Nachtwind über ihre heiße Stirn laufen. Es war so schön gewesen, einmal wieder fröhlich sein zu dürfen.

Wie lange hatte sie nicht mehr gelacht!

Sie bogen von der Straße in den Weg nach dem Pastorhause. „Endlich!" sagte er leise und legte den Arm um ihre Hüfte.

Sie ließ es geschehen. Sie hörte noch die Musik und sah mit geschlossenen Augen die bunte Menge.

„Wie schade, daß es zu Ende ist," sagte sie.

„Du," flüsterte er und bog sich zu ihr nieder, „es ist ja noch gar nicht zu Ende."

Sie wurde unsicher und strebte hastig weiter, aber er hielt sie zurück. „Bleib!" „Ich muß jetzt heim!" „Noch nicht." Sie suchte sich zu lösen, aber er faßte ihre beiden Hände und zwang sie, stehen zu bleiben.

„Hast du Angst, kleine Deern?" flüsterte er und wollte sie küssen. Sie war jäh empört über seinen Ton und stieß ihn heftig zurück: „Ich wills nicht." Wie trotzig das klang!

Er lachte: „Hast du denn überhaupt einen Willen? Das mußt du dir abgewöhnen!" Sie stampft mit dem Fuß: „Ich will nach Hause!"

(Forts. folgt.)

von Kostbarkeiten. Die Freiliste, das Verzeichnis der von den Stückgutverkehrsbeschränkungen ausgenommenen Güter, tritt dagegen gleichfalls sofort außer Kraft. Die auf bestimmte Tage beschränkte Annahme für hochwertige Güter, sowie ihre Ausschließung von der Annahme auf den Berliner Ringbahnhöfen werden aufgehoben. Die Bestimmungen über die richtungsweise Auflieferung von Stückgütern auf den Berliner Innenbahnhöfen und über die Auflieferung von Gütern auf den Ring- und Vorortstationen in größerem Umfange von nicht ortsansässigen Verkehrtreibenden werden durch diese neuen Bestimmungen nicht berührt.

Unnötiger Verteidigungseifer.

Die mit der Ueberschrift „Unnötiger Strafeifer" in Nr. 433 veröffentlichte Betrachtung hat bei einem Leser unseres Blattes einen Eifer anderer Art geweckt, den wir ebenso unnötig finden. Als Gelderheber bei den Gaswerken weiß er aus seiner beruflichen Tätigkeit, wie nachlässig manche Leute in der Bezahlung ihrer Gasschulden sind. Er schreibt, daß die von uns erwähnte Greisin, die einem Gasautomatenentleerer beim Abholen der Groschen den Zuschlag nicht sogleich bezahlen konnte und dann nach elf Tagen sich das Gas absperren lassen mußte, auch sein Mitleid erregt. Im übrigen aber glaubt er, zur Verteidigung der Gaswerke und dieser Maßregel auf all die Mühen und Kosten hinweisen zu sollen, die den Gaswerken aus der Gleichgültigkeit oder Böswilligkeit säumiger Schuldner entstehen. Wir sind ihm dankbar dafür, daß er uns einen Anlaß gibt, die Sache auch mal von der anderen Seite zu betrachten. Es ist in der Tat skandalös, wenn Gelderheber, wie er uns schreibt, täglich zur Antwort bekommen (wir zitieren den Brief wort- und buchstabengetreu): „Schreiben Sie man bei den Gaswerken an!" oder: „Ich bezahle man erst, wenn ich abgesperrt kriege", oder: „Die Schulden loofen mich weg", usw. Doch hat der Verfasser des Briefes übersehen, daß wir die Eile rügten, mit der die Gaswerksverwaltung zur Gasabsperrung schritt, ohne vorher noch um das Geld gemahnt oder diese Maßregel angedroht zu haben. Von der Ansicht, daß in dem vorliegenden Fall die Eilfertigkeit und der Strafeifer unnötig waren, werden wir uns durch keinen Verteidigungsversuch abbringen lassen. Weiteste Beachtung verdient aber auch der Hinweis des Briefschreibers darauf, daß Saumseligkeit der Zahlungspflichtigen viel Arbeit verursache und einen großen Beamtenapparat nötig macht und daß die Unkosten dann den pünktlichen Zahlern mitaufgepackt werden. Das sollten alle diejenigen beherzigen, die ohne zureichenden Grund ihr Gasgeld schuldig bleiben.

Die Sorge um den Oberschulrat für Groß-Berlin beunruhigt die Berliner Bezirkslehrerkammer. Sie hat zusammen mit den zur Stadtgemeinde Berlin gehörenden Mitgliedern des Potsdamer Bezirkslehrerrats folgenden Beschluß gefaßt, um dessen Abdruck die Geschäftsstelle der Lehrerkammer uns bittet:

„Die Berliner Bezirkslehrerkammer erhebt schärfsten Einspruch dagegen, daß die Wahl des obersten Leiters des Berliner Schulwesens nach politischen Rücksichten erfolge. Die Lehrerschaft der neuen Stadtgemeinde Berlin fordert aufs entschiedenste, an die Spitze des gesamten Schulwesens einen Schulmann von allgemein anerkanntem Ruf zu stellen, da nur ein solcher sich des Vertrauens der Berliner Lehrerschaft zu erfreuen haben wird."

Gegen was wenden sich die Herren mit ihrem Einspruch — gegen eine vermeintliche Absicht, die Wahl des Oberschulrats „nach politischen Rücksichten" erfolgen zu lassen, oder gegen die kecke Behauptung, daß die Wahl nach solchen Rücksichten erfolgen werde. Aus dem uns übersandten Wortlaut des Beschlusses geht das nicht ganz klar hervor.

Für die privaten höheren Mädchenschulen und Lyzeen hat der Magistrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, für 1920 rund 432000 M. für neue Zuschüsse bewilligt, damit die Gehälter der Lehrpersonen erhöht werden können. Den Leitern und Leiterinnen soll ein Gesamteinkommen von 20 000 M gewährt werden. Die Honorare sollen für Vertretungen von 5 auf 7 M. bzw. 7½ auf 10 M. festgesetzt werden. Ferner soll eine Anschaffungsbeihilfe von 300 M. für Ledige, von 500 M. für Verheiratete sowie eine Teuerungszulage von 300 M. für Januar/März 1920 gewährt werden.

Oefen nachsehen! Bei der mit Sicherheit für den nächsten Winter zu erwartenden Brennstoffnot muß besonders darauf hingewiesen werden, daß vielfach mangelhafte Instandhaltung der Oefen und Heizungsvorrichtungen zu einem unrationellen Brennstoffverbrauch führt. Die in früheren Jahren regelmäßig ausgeführten Instandsetzungsarbeiten konnten vielfach während des Krieges wegen Mangels an Arbeitskräften nicht ausgeführt werden. Um so nötiger ist es, daß jetzt, wo Arbeitskräfte in genügender Menge vorhanden sind, alle Oefen und Heizungsvorrichtungen vor Beginn der neuen Heizzeit gründlich nachgesehen werden, so daß eine wirtschaftliche Ausnutzung der verwendeten Brennstoffe gesichert ist.

Russischer und polnischer Unterricht wird in den städtischen Fortbildungsschulen erteilt und zwar: Russisch für Anfänger und Fortgeschrittene vom 6. Oktober ab in wöchentlich 4 Stunden an der 7. Wahlfortbildungsschule, Choriner Str. 74, und an der 3. Wahlfortbildungsschule, Brangelstraße 85. An dieser wird auch in polnischer Sprache Unterricht erteilt. Das Schulgeld beträgt 10 M. für das Halbjahr. An dem Unterricht können Damen und Herren teilnehmen. Meldungen täglich von 6 Uhr abends an im Amtszimmer.

Die Zentralstelle des Bundes heimattreuer Ostpreußen teilt mit, daß etwa noch ausstehende Ansprüche auf Rückerstattung der verauslagten Fahrkosten für die Reise zur Abstimmung nach Ostpreußen spätestens bis zum 8. September zu stellen sind. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Vorher wird mitgeteilt, daß Ansprüche auf Erstattung von Lohnausfall jetzt nicht mehr gestellt werden können. Die hier bereits vorliegenden Anträge werden der Reihe nach erledigt. Für berechtigte Ansprüche werden die Beträge per Post zugesandt. Persönliche Rückfragen sind zu vermeiden, da dieselben den Geschäftsgang erheblich verzögern.

Das nächste städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel findet heute 8 Uhr in den Germania-Prachtsälen, Chausseestr. 110, statt. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet in den bekannten Stellen statt.

Republikanischer Führer-Bund. Bezirk 2 (Pankow): Versammlung Freitag 7 Uhr, Pankow Kirche, Restaurant Schloßeck. — Bezirk 5 und 6 (Osten-Lichtenberg): Versammlung Freitag 7 Uhr, Petersburger Str. 4, Schulaula. — Bezirk 3 (Weißensee): Versammlung Sonnabend 8 Uhr, Weißensee, Lichtenberger Str. 8 bei Gampe. — Bezirk 13 und 14 (Charlottenburg-Westend): Versammlung Sonnabend 8 Uhr, Charlottenburg, Bismarckstr. 38, Restaurant.

Glückliches Potsdam! Nach Mitteilung des Magistrats ist die Stadt Potsdam mit Frühkartoffeln überfüllt. Der Magistrat hat daher jede unerlaubte Einfuhr von Frühkartoffeln nach Potsdam verboten. Verbotswidrig eingeführte Kartoffeln werden ohne weiteres beschlagnahmt. Zwei Potsdamer Großkaufleute, die es unternommen hatten, waggonweise billige Frühkaffeln nach Potsdam einzuführen und diese unter Magistratspreis dem Publikum anboten, wurden die Kartoffeln beschlagnahmt. Der Preis betrug bei den Kaufleuten 35 Pf.; der Magistrat verkauft sie mit 40 Pf. — Hoffentlich bekommt Berlin auch bald etwas von dem Kartoffelsegen zu spüren.

Steglitz. Die Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiräte der S. P. D. und U. S. P. D. plant im September einen „Elternbund für weltliche Schule" zu gründen, und werden die Genossen gebeten, sofort ihre Adressen an den Genossen W. Schönherr, Menckenstraße 4, aufzugeben. Es darf keiner fehlen!

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 2. September:

17. Abt. Die Elternversammlung findet in der Turnhalle und Schulaula, Hohenlohestraße, statt.

Arbeitsgemeinschaft Wedding und Gesundbrunnen. 7 Uhr: Elternbeiratsversammlung bei Meyer, Pankstr. 82. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Elternbeiräte dringend notwendig.

Jungsozialistische Vereinigung. Arbeitsausschuß. 6 Uhr im „Vorwärts"-Gebäude: Sitzung. — Ortsgruppe Friedrichshagen: 7½ Uhr bei Schulz, Friedrichstraße, Ecke Lindenallee: Vortrag — Ortsgruppe Neukölln: 7½ Uhr im Jugendheim, Rogatkr. 53: Vortrag. — Ortsgruppe Südwest: 7½ Uhr in der Baugewerkschule (Kantinenraum), Kurfürstenstraße 141: Vortrag.

Schöneberg. Elternbeiräte der S.P.D. und Ersatzleute, 7½ Uhr bei Obst, Martin-Luther-Str. 69.

Weißensee. 7½ Uhr: Sitzung des engeren Vorstandes bei Stärke.

Niederschöneweide. 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Rätel, Grünauer Straße. Stellungnahme zum Parteitag.

Friedrichshagen. Mitgliederversammlung und Zahlabend in Schröders Festsälen, Friedrichstr. 132. Bericht über die letzten Vorgänge in der Gemeindevertretersitzung. Stellungnahme zum Parteitag.

Morgen, 3. September:

18. Abt. 318., 319., 320., 324., 325. und 327. Bezirk. 8 Uhr bei Heese, Memeler Str. 63.

Wahlkreis Prenzlauer Tor. (23., 24., 26. und 28. bis 32. Abt.) Gründungsversammlung unseres Kreisgesangvereins 7½ Uhr bei Blessin, Stargarder Str. 2. Alle sangeskundigen Genossen werden hierzu freundlichst eingeladen. Auskunft erteilt Gen. G. Kiehlreiter, N. 113, Stolpische Straße 45.

Achtung! A.E.G.-Turbinenfabrik, Huttenstraße. 3 Uhr: Versammlung sämtlicher Angestellten und Arbeiter, die auf dem Boden der S.P.D. stehen, bei Arlandt, Beusselstr. 31.

Taubstummensektion. ½7 Uhr in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstr. 10 (großer Saal): Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Lehren der Reichsverbandstagung. Referent: Genosse Brachmann. 2. „Undank ist der Welt Lohn". Referent: Gen. Golnick. 3. Verschiedenes. Die Reichsverbandsmitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedskarten mitzubringen.

Schöneberg. Funktionärsitzung Schulaula Feurigstraße (neben der Feuerwache). Vortrag des Gen. Dr. Schütte.

Buch. 7½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Pikowsky, Schönower-, Ecke Bahnhofstraße. Wahl der Delegierten und Stellungnahme zum Parteitag.

•

21. Abt. Sonntag: Familienausflug nach Oranksee. Treffpunkt: 8½ Uhr Bahnhof Weißensee (Mittelpromenade). Gesellschaftsspiele, Kinderbelustigungen usw.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Einzeichnungen für die fünf Festkonzerte können noch auf dem Bureau des Bezirksbildungsausschusses entgegengenommen werden. Die Karten für die bereits eingereichten Listen müssen unverzüglich eingelöst werden. Das Bureau ist geöffnet von 9 bis 4 Uhr, Donnerstags von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr.

Sport.

Rennen zu Karlshorst. Mittwoch, 1. September. 1. Springinsfeld-Hürdenrennen. Preise 16 000 M. Lehrlingsreiten, 3000 Meter. 1. Luzifer (Ullrich), 2. Schanze (W. Heuer), 3. Kapitalist (Miska). Ferner liefen: Marmaros (4.), Somlo, Ruka, Wehrpflicht, Sonnenburg, Mohammed, Cherusker III, Pipifax (gefallen), Violetta (ausgebrochen), Fatme (zurückgezogen). Tot. Sieg 34 : 10, Platz 18, 32, 129 : 10. — 2. Preis von Wartenberg. Ehrenpr. und 16 000 M. Jagdrennen, 3400 Meter. 1. Brünella (Ltn. Krüger), 2. Sonntagsmädel (v. Keller), 3. Der Schlesier (Frhr. v. Berchem). Ferner liefen: Geheimtip (4.), Sigrid, Friedenstaube, Sankt Martin (gef.). Tot. Sieg 60 : 10, Platz 16, 15, 19 : 10. — 3. Preis von Langeburg. 18 000 M. Hürdenrennen, 2800 Meter. 1. Memento (Wegener), 2. Baltasar (Stolze), 3. Landvogt (W. Müller). Ferner liefen Komponist (4.), Husia, Lorissa. Tot. Sieg 17 : 10, Platz 14, 53 : 10. — 4. Ulmen-Jagdrennen. Preise 24 000 M. 4200 Meter. 1. Ratte (Streit), 2. Barbar (Dohr), 3. Knecht Ruprecht (Wurth). Ferner liefen: Anruf (4.), Flieger. Tot. Sieg 15 : 10, Platz 11, 12 : 10. — 5. Landsberg-Jagdrennen. Ehrenpr. und 48 000 M. 4400 Meter. 1. Voigt (Frhr. v. Berchem), 2. Waldfrieden (W. Junk). Hunding (v. Pelzer) gef. Tot. Sieg 32 : 10. — 6. Kinder-Jagdrennen. Preise 16 000 M. 3200 Meter. 1. Irene (Stielau), 2. Rosendorn (Holtz), 3. Pity the blind (Theilen). Ferner liefen: Artischocke (4.), Mondsichel (gef.), Mirakel (angeh.). Tot. Sieg 20 : 10, Platz 14, 20 : 10. — 7. Preis vom Fürstenhaus. 16 000 M. 1200 Meter. 1. Mauli (Kaiser), 2. Konvention (Schläfke), 3. Räthie (Korb). Ferner liefen: Margarete (4.), Rose-Marie, Meisterin. Tot. Sieg 20 : 10, Platz 13, 15 : 10.

Der Herrenreiter v. Pelzer, der mit Hunding in Karlshorst an der Bergrickhecke zu Fall kam, zog sich einen Bruch des linken Armes zu.

Kartell der freien Sportvereinigungen.

Kartell. Montag: Sitzung Beuthstr. 6, 7½ Uhr.

Freie Turnerschaft Berlin. Sonntag: 2. Frauen-Abt. Turnfahrt nach Lehnitzsee. Treffpunkt 6½ Uhr früh Swinemünder, Ecke Kamlerstraße. Fahrt bis Birkenwerder. — 1. Jugend-Abt.: Turnfahrt nach Bernau—Hellsee.

Turn-Sportverein Norden. Sonnabend: Jugend-Abt.: Nachtturnfahrt nach Nonnenstieg, Schwärzesee, Steinfurth, Werbellinsee. Treffpunkt 5½ Uhr nachm. Bahnhof Gesundbrunnen.

Freier Wanderbund. Sonntag: Finkenkrug, Krämer, Velten. Abf. 6.20 Lehrter Fernbahnhof. — Lehnitz, Grabowsee, Oranienburg. Abf. 6.50 Stettiner Vorortbahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

Die Juristische Sprechstunde fällt heute aus.

E. P. 1. Vorsitzender ist Herr Paul Hennig, Berlin NW. 87, Wiclefstr. 30.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ziemlich kühl, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt und im Westen noch vielfach leichte Regenfälle.

Wilhelm Wundt.

Von Dr. Ernst Lau.

Mit Wilhelm Wundt haben wir einen der bedeutendsten Gelehrten des letzten halben Jahrhunderts verloren. Er war ein Mann mit wahrhaft umfassendem Wissen, zugleich ein Gelehrter von Weltruf. Von den deutschen Philosophen der Gegenwart hat er wohl den größten Einfluß auch auf das Ausland ausgeübt. Wie viele der im letzten Grunde philosophisch gerichteten Männer nach dem Zusammenbruch der Hegelschen Philosophie studierte er zunächst wiederum Medizin, und hier wiederum fesselte ihn weniger das Handwerk als die Frage der Sinnesphysiologie. Wie kommt unsere Wahrnehmung eigentlich zustande? Das war um 1860, angeregt durch Johannes Müller und Helmholtz, eine aktuelle Fragestellung, die in engster Verbindung mit dem erkenntnistheoretischen Interesse dieser Zeit stand. 1857 habilitierte er sich für Physiologie in Heidelberg und hat dort zum Teil unter Helmholtz gearbeitet. Damals war es auch, daß Fechner und andere die erste Grundlage der Experimentalpsychologie legten. Mit sicherem Blick erkannte Wundt die Bedeutung dieser jungen Wissenschaft, und er wurde so zum Schöpfer des ersten Instituts für experimentelle Psychologie in Leipzig. Dadurch wurde er ein einflußreicher Lehrer der neuen Philosophen- und Psychologen-Generation. Unermüdlich durchstreifte er dieses Gebiet, stets selber angeregt und andere anregend. Bis etwa zum Jahre 1873, dem Jahre, in dem seine „Grundzüge der physiologischen Psychologie erschienen, widmete er sich fast ausschließlich dem Ausbau dieser Disziplin. Hier liegt eine Quelle seines Weltrufes. Die bekannten Italiener Luigi Credaro und Guiseppe Mantovani sind seine Schüler, aber auch Schweden und Norweger verdankten ihm entscheidende Anregungen.

In diese Zeit fällt auch seine Wirksamkeit im Arbeiterbildungsverein zu Leipzig unter dem Vorsitz Bebels. Bebel war damals zwar noch Gegner des allgemeinen Wahlrechts, aber er war doch schon Bebel. Wundt betätigte sich in diesem Verein neben Richter, Liebknecht, Hirsch, Albert Lange, dem Verfasser der „Geschichte des Materialismus" u. a. Er bewies damit, daß sein Horizont über den normalen, allzu engen eines Professors hinausging. Er war ein Mann, der stets aufs Ganze ging, und der sich allem Neuen offen hielt. Seiner Persönlichkeit ist es wohl auch zu danken, daß in Leipzig die Lehrerschaft so früh ein großes Interesse an der Psychologie gewinnen konnte, während in anderen Städten noch alles schlief, weil die Akademiker sich vielfach in falschem Stolz von den Lehrern zurückhielten.

Bei seiner ganzen Anlage war es unmöglich, daß er Fragen der Philosophie auf die Dauer ausweichen konnte. Schon frühzeitig hat er Vorlesungen über die Menschen- und Tierseele gehalten. Auch mit den physikalischen Axiomen hat er sich beschäftigt, bald aber widmete er immer mehr seine Kraft den rein philosophischen Problemen. Philosophie ist ihm „Zusammenfassung unserer Einzelerkenntnisse zu einer, die Forderungen des Verstandes und die Bedürfnisse des Gemütes befriedigenden Welt- und Lebensanschauung". Von der Basis der Einzelwirtschaft aus muß man versuchen, zu einer umfassenden Weltansicht vorzudringen. Philosophieren heißt nicht, sich willkürlichen Spekulationen hingeben, sondern man muß von der Erfahrung ausgehen. Dann aber darf man, nach Wundt, auch den wichtigsten Fragen über Seele, Welt und Weltgrund nicht aus dem Wege gehen. Seine tiefsinnigen Anschauungen über den Zusammenhang zwischen Geist und Körper, über das Wesen der Seele zeigen stark den Einfluß Fechners (siehe auch die Schrift Bruno Willes). Wundt vertrat einen Monismus. Geist und Körper sind nur zwei verschiedene Erscheinungsweisen des „an sich vollkommen einheitlichen Inhaltes" der Erfahrung. Das Psychische hat aber einen Vorrang vor dem Physischen. Auch die Logik der Erkenntnistheorie hat er bearbeitet.

Doch selbst an der Beschäftigung mit diesen Fragen fand sein rastloser Geist noch kein Genügen. Mit weitem Blick erkannte er, daß die arg vernachlässigte Völkerpsychologie von neuem bearbeitet werden müßte. Er hat deutlich herausgefühlt, daß es eine Völkerseele gibt. Damit meint er nichts Metaphysisches, sondern das Gemeinsame, das die geistigen Vorgänge in den Völkern verbindet: Sprache, Mythos, Sitte, Religion und Kunst. Mit erstaunlicher Kraft wandte er sich diesen Gebieten zu. Alle Schwierigkeiten sprachlicher Art wußte er zu überwinden. Vier große Stadien der Entwicklungsgeschichte der Völker glaubt er unterscheiden zu müssen: das Primitive, das Totemistische (genannt nach gewissen heiligen Tieren). Diese beiden Stadien sind noch heute an tiefstehenden Völkern zu studieren. Das dritte Stadium ist das Stadium der Helden und Götter, das vierte ist unsere Entwicklungsstufe, gekennzeichnet durch die Entwicklung zur Humanität. Im letzten Stadium entstehen Weltreligion und Ideen, die die ganze Menschheit umfassen. Seine großangelegten „Elemente der Völkerpsychologie" sind vielfach mit dem epochemachenden Werk Herders „Ideen zur Geschichte der Menschheit" verglichen worden. Es ist zu verstehen, daß es heute wohl keinen Menschen gibt, der das Lebenswerk dieses Forschers überschauen kann, daß aber viele Schüler zu diesem Gelehrten mit Hochachtung aufblicken. Er hat mehr geschrieben, als die meisten Menschen überhaupt zu lesen imstande sind. Man staunt nur, wo er die Zeit hernahm, sich so gründlich auf diese Werke vorzubereiten. Er verdient, daß er über den Kreis der Fachgenossen hinaus gekannt und geehrt wird.

• • •

Aus W. Wundts Leben und Forschen.

Wilhelm Wundt wurde am 16. August 1832 zu Neckarau bei Mannheim geboren. Von 1851—56 studierte er in Tübingen, Heidelberg und Berlin, aber nicht etwa Philosophie (er hat als Student nie ein philosophisches Kolleg gehört), sondern Medizin. Es ist für Wundts weitere Entwicklung von größter Bedeutung gewesen, daß er so seinen wissenschaftlichen Ausgangspunkt bei der exakten Forschung genommen hat. Und wenn die Philosophie heute keine gelehrte Spielerei mehr ist, die sich in mehr oder minder hypothetischen Theorien und wesenlosen Schlüssen ergeht, sondern eine im praktischen Leben fußende Wissenschaft, die auf alle Zweige der modernen Kultur einen entscheidenden Einfluß ausübt, so ist dies in erster Linie dem Wirken Wundts zu verdanken. Er hat der Vielgeschmähten Eingang in Laboratorium und Krankenhaus, in den Gerichtssaal und in die Schulstube verschafft. Im Jahre 1857 ließ sich Wundt als Privatdozent, ebenfalls noch der Medizin, an der Heidelberger Hochschule nieder. Er studierte das menschliche Muskel- und Nervensystem; dabei richtete sich seine Aufmerksamkeit auf die seelischen Vorgänge, die zugleich mit den körperlichen Bewegungen auftreten. Immer mehr fesselte dieses Gebiet den jungen Mediziner, und so kam er um das Jahr 1860 auf den genialen, so unendlich folgenreichen Gedanken, ob man nicht die menschliche Seele ebenso gut wie den Körper mit Hilfe von Experimenten und empirischer Beobachtung erforschen könne. Die Psychologie, die Lehre von der Seele, sagte er, sei seit Aristoteles keinen Schritt vorwärts gekommen, ja, sie sei sogar vielfältig rückwärts gegangen. Die Philosophen hätten den Fehler gemacht, daß sie sich immer nur um die ganz allgemeinen und theoretischen Fragen — wie um das Wesen der Seele an sich und um ihr Verhältnis zum Körper — gekümmert hätten, während sie die Einzelbeobachtungen vernachlässigten. Und Wundt nahm sich vor, auf diesem Gebiet eine Wandlung herbeizuführen: die Psychologie sollte eine praktische, experimentelle Wissenschaft werden. Das Schicksal war Wundts Plänen günstig: 1875 wurde er, nachdem er noch zehn Jahre als außerordentlicher Professor in Heidelberg und ein Jahr in Zürich gewirkt hatte, als ordentlicher Professor der Philosophie an die Universität Leipzig berufen. Dort richtete er im Winter 1879 ein für psychologische Versuche bestimmtes Zimmer ein, aus welchem bescheidenen Anfang sich ein berühmtes Institut für experimentelle Psychologie entwickelt hat, das erste seiner Art, in dem, was man von einem Universitätsseminar nur selten sagen kann, eine ganz neue Wissenschaft erblüht ist. Aber selbst als 85jähriger hielt er sein Lebenswerk noch keineswegs für abgeschlossen, er ging an die Fertigstellung des dritten, letzten Teiles seiner umfassenden Soziologie, deren zwei erste Bände unter dem Titel „Die Gesellschaft" erschienen waren.

Theater. Die erste Neuaufführung des Deutschen Theaters wird Hauptmanns „Einsame Menschen" sein; die der Kammerspiele Strindbergs „Brandstätte".

J. E. v. Grottkau, der Herausgeber des „Türmers" ist im Alter von 55 Jahren im Lichterfelder Krankenhaus gestorben. Seine unabhängige konservativ gerichtete Kulturzeitschrift hatte manchmal den Mut, auch nach oben Kritik zu üben. Grottkau, ein geborener Balte, ist auch als Dichter hervorgetreten.

Immer feste druff auf die arme deutsche Sprache. Statt der „Sipo" kommt jetzt in Oberschlesien eine **Apo** — das soll Abstimmungspolizei heißen. Mit der Endsilbe po läßt sich überhaupt noch was machen, z. B. politische Polizei.

Unsere Jugend marschiert.

Weimar, 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Aus dem Geschäftsbericht des Genossen Albrecht ist noch folgendes hervorzuheben: Weil die Berichterstattung der Orte und Bezirke immer noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, ist eine genaue Mitgliederzahl nicht festzustellen. Unsere Literatur war veraltet. Neu erschienen ist jetzt: „Frohes Wandern" von Schreck-Hamburg, und „Willst Du mich hören?" von Bohm-Schuch. Von dieser Schrift sind bereits über 12000 Stück abgesetzt worden. Die Zeitschrift „Arbeiterjugend" ist von 8 auf 12 Seiten vergrößert worden. Der Bezugspreis mußte von 1,— M. auf 1,50 M. und jetzt auf 2.— M. erhöht werden, dazu kommen 9 Flugblätter und eine Menge Verwaltungsmaterial, welches die Arbeit unserer Vereine erleichtert.

Auf bestimmten Gebieten haben wir uns anderen Organisationen angeschlossen:

a. Zentralstelle für Volkswohlfahrt, jetzt Ausschuß der deutschen Jugendverbände. Zur Erringung von Fahrpreisermäßigung und beim Filmzensurgesetz sind wir gemeinsam vorgegangen.
b. Hauptausschuß für Jugendherbergen.
c. Gesellschaft für Erziehung und Unterricht.

Auf der Reichsschulkonferenz waren wir durch zwei Delegierte vertreten. Mit dem Arbeiterturn- und Sportbund sind zentrale Abmachungen irgendwelcher Art nicht nötig. Die Ortsvereine können dem Bund beitreten. Am Ferienheim Sylt haben wir uns mit einer Summe beteiligt. Die

Verbindung mit gleichgerichteten Organisationen anderer Länder

und anderer Völker ist aufgenommen. Vor drei Wochen waren wir in Kiel mit drei Dänen, einem Schweden und einem Holländer zusammen. Mit Oesterreich sind wir in stetem Austausch. Wir müssen in die Jugendsektionen der Gewerkschaften hineingehen und dort im Geiste unserer Jugendbewegung wirken. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage ist Vorbedingung für unsere weitere Entwicklung. Diese Arbeit müssen wir den gewerkschaftlichen Organisationen zugestehen. Uns werden mehr kulturelle Aufgaben zufallen. Wir dürfen nicht gegeneinander, sondern müssen miteinander arbeiten. —

Die Entwicklung aus Diskutierklubs zu einer geschlossenen Arbeiterjugendbewegung ist in einem Jahre vor sich gegangen. Der beste Beweis dafür ist unsere Weimarer Tagung.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht drehte sich in der Hauptsache um den Ausbau der Arbeiterjugendzeitung. Die Wünsche gingen dahin, die Zeitschrift nur einmal im Monat in handlicher Broschürenform erscheinen zu lassen. Auch soll der Bewegung ein größerer Platz eingeräumt werden. Karl Korn weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Zeitung aus ihrer doppelten Aufgabe erwachsen, einmal Bildungs- und zweitens Verbandsorgan zu sein. Angenommen wird ferner ein Antrag, in der „Arbeiter-Jugend" die Mädchenfrage mehr zu behandeln. Eine Reihe anderer Anträge über die Umgestaltung der Zeitschrift, die Wahl einer Pressekommission als Beschwerdeinstanz und das Zusammengeben mit den Gewerkschaften werden dem Vorstand und Reichsausschuß überwiesen. Einstimmig wird beschlossen, von jeder Neuerscheinung (Bücher und Schriften des Verbandes) allen Ortsvereinen ein Pflichtexemplar gegen Bezahlung zuzusenden.

In der Nachmittagssitzung gibt die Mandatsprüfungskommission Bericht, wonach 71 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind, davon neun vom Hauptvorstand, zwölf vom Kreisausschuß, andere von den Bezirken, außerdem der Redakteur und Geschäftsführer. Als Gäste sind anwesend: ein Vertreter des Verbandes der Arbeiterjugend Hollands, ein Vertreter des Parteivorstandes, sechs Pressevertreter.

Um auch Vertreter der Provinz im Hauptvorstand zu haben, wird gemäß einem Antrage beschlossen, daß der Verband pro Ort nur zwei Jugendvertreter (bisher fünf), das Reich drei Jugendvertreter (bisher keinen) in den Hauptvorstand entsendet. Auch von der Partei sollen höchstens zwei Vertreter aus dem Reich gewählt werden. Unter den jugendlichen älteren Mitgliedern des Hauptvorstandes soll je eine weibliche Vertreterin sein. In den Reichsausschuß sind 14 Vertreter zu senden. Die Vertreter sind von den Bezirken selbst zu wählen.

In der Achtzehnjährigenfrage einigte man sich nach ausführlicher Debatte auf den Vorschlag des Vorsitzenden Heinrich Schulz dahin, keine Entscheidung in diesem Punkt herbeizuführen, da noch alles in Fluß sei. Anträge zum Reichsjugendgesetz werden einstimmig angenommen.

Die Genossin Ryneck vom Parteivorstand rühmt den unvergeßlichen Eindruck, den die Tagung auf die Aelteren gemacht hat.

Darauf erhielt Genosse Voogd-Holland das Wort: Ich fühle das Bedürfnis, Ihnen von ganzem Herzen zu danken für die Anregung und Belehrung, die der Reichsjugendtag mir gegeben hat. Auch wir wollen die Jugend hinaufführen zu einem höheren Wendepunkt, sie dahin bringen, daß sie ein Arbeiter — ein Schaffer, Gestalter und Bauer einer künftigen besseren Welt wird. Ich habe mich herzlich gefreut, wie ich die in lautem Jubel vorüberziehenden jungen Scharen gesehen habe. Die bürgerliche Jugend und die bürgerlichen Klassen haben es nicht vermocht, Deutschland die politischen Freiheiten zu erringen. Das hat erst die Arbeiterklasse getan, und sie wird Deutschland auch wirtschaftlich emporheben. In Weimar strömte die deutsche Arbeiterjugend aus allen deutschen Gauen zusammen und „da sah ich manches Auge flammen und klopfen hört' ich manches Herz". Da sah ich,

im deutschen Volke ist eine hohe Kraft,

sie werden es nicht zu Boden zwingen. Die politische Befreiung erfolgte im nationalen Rahmen, die wirtschaftliche Befreiung kann nur auf internationaler Basis erfolgen. Ich grüße Euch und wünsche Euch frisches Wachsen und Gedeihen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Heinrich Schulz verliest Begrüßungstelegramme der tschechischen, dänischen und deutschösterreichischen Genossen, die mit jubelnden Heilrufen begrüßt werden und schließt die Tagung mit den Worten Brögers:

„Jugend ist Anfang, für unsere Jugend ist Weimar ein Anfang. Sonnenwärts wollen wir schreiten, dem Morgenrot entgegen."

Der Abend vereinigte die Teilnehmer bei Vorträgen und Gesang noch einmal im Volkshaus. Freude war das Symbol unseres Jugendtages, in Freude klang er aus.

Aus aller Welt.

Schieberaffäre im Ruhrrevier. Nach dem Essener „Freien Wort" sind der Generaldirektor der Westfälischen Metallindustrie, Windmüller, sowie mehrere andere hervorragende Persönlichkeiten unter der Beschuldigung, große Vorräte von Heeresgut verschoben zu haben, verhaftet worden. Es handelt sich um Vorräte der großen Artilleriewerkstatt Lippstadt, die auf Friedensarbeit umgestellt worden ist.

Rumänen-Friedhöfe in Elsaß-Lothringen. In Schäfertal bei Sulzmatt wird ein großer Rumänen-Friedhof — gleichwie für Lothringen in Dieuze — angelegt, in dem die aus ihren provisorischen Ruhestätten nunmehr auszugrabenden Rumänen, die in der Kriegsgefangenschaft gestorben sind, zur letzten Ruhe bestattet werden sollen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag:

Funktionärkonferenz von Groß-Berlin, wichtige Tagesordnung, im Sophien-Gymnasium, Weinmeisterstr. 14/16.

Marienfelde. Schule, Dorfstraße 54: Mitgliederversammlung. — **Stralauer Viertel.** Schule, Naglerstr. 8: Mitgliederversammlung. — **Schmargendorf.** Breite Str. 36, II: Mitgliederversammlung. — **Schönhauser Vorstadt I.** Schule, Sonnenburger Str. 20: Vortrag: Die Revolution von 1848. — **Südwest.** Lindenstr. 3, 2. Hof III, Zentraljugendh.: Diskussion. Friedensdemonstration.

Die Leistungsfähigkeit

des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummiabsätze tragen erheblich hierzu bei. Leichter elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme aus Anlaß des Hinscheidens meiner lieben Frau und unserer guten Mutter

Emma Mieke

sagen wir allen Beteiligten, sowie für die überaus zahlreichen Kranzspenden, insbesond. Herrn Barth für die trostreichen Worte am Grabe, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. 1880b

Hans Mieke und Kinder.

Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtsleiden
Müllerstr. 25 A.
143/15 Dr. Barinbaum.

Homöopath
Inst. (1905). Sichere Erfolge, ohne Einspritz., ohne Berufsst. Sprechst. 10-1 u. 4-7. Sonnt. 10-1
Kries Hohenschönh. 40 Berlin Oberseestr. 41. T. Lichtb.
Auskunft u. Broschüre gratis.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Haut-, Harn-, Frauenl., Schwäche. Beh. schnell, sicher, schmerzl. ohne Berufsst.. Blut- u. Harn untersuch. (Fäden i. Harn)
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panopt.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1. Teilzahl. Separ. Damenzim.

Unreines Blut
Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein **Blutreinigungspulver Salfarin** seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 4.00. Uebl. 3 Schacht. 11.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

— Zur Entwaffnungs Frage —

Uniformenfärben
in
Zivilumarbeiten
in schwarz, braun, blau, grau, grün
und covercoat-Farbe in **8** Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v.
Herren- und Damen-Garderoben in **3** Tagen
Unmoderne Damenkostüme werden modernste Fassons umgewandelt in **6** Tagen
Pelzumarbeitung und Pelzfärberei in **8** Tagen
Außerdem wird jeder Artikel gefärbt in **6** Tagen
Trauersachen in **48** Stunden
Außerdem wird jed. Artikel gereinigt in **24** Stunden
Abholung und Zusendung unter Garantie kostenlos.
Ztr. 7119 **Basch & Buczkowski** Ztr. 7119
Friedrichstraße 68, I.

Für das neue Boraxil ein neues 10 000 Mark Preisausschreiben

Nachdem unser letztes Boraxil Preisausschreiben beendet ist und 6000 Mark zur Verteilung gelangt sind, veranstalten wir für das der jetzigen Zeit entsprechend besonders verbesserte Boraxil ein neues

10 000 Mark Preisausschreiben.

Wir wünschen für Reklamezwecke kleine humoristische Erzählungen, die sich auf die neue Qualität unseres Waschpulvers

Boraxil

beziehen.

Hervorzuheben sind folgende Eigenschaften des Boraxil: starkreinigend, ohne Wäsche und Hände anzugreifen, vollständig löslich, keinen Satz zurücklassend, stark schäumend, schneeweiße frisch duftende Wäsche, weiches Waschwasser, trotz der guten Qualität sehr billig.

Das neue Boraxil gleicht dem guten Seifenpulver aus alter Zeit. Es ist in allen Seifen-, Drogen- und Kolonialwarengeschäften zu erhalten.

Folgende Preise sind ausgesetzt:

2	Preise	à Mk. 1000	= Mk. 2000
5	"	à Mk. 500	= Mk. 2500
10	"	à Mk. 250	= Mk. 2500
20	"	à Mk. 100	= Mk. 2000
50	"	à Mk. 20	= Mk. 1000

Durch die Auszahlung eines Preises erwerben wir das Eigentum an der prämiierten Erzählung, die Namen der Preisträger werden veröffentlicht.

Am 1. Oktober 1920 müssen alle Einsendungen eingetroffen sein. Zur Teilnahme an diesem Preisausschreiben sind berechtigt nicht nur die Millionen Verbraucher des Boraxil sondern auch die Wenigen die es bisher noch nicht kennen.

Durch die Beteiligung an diesem Preisausschreiben entsteht keinerlei Kaufverpflichtung.

Adresse:
Boraxil Preisausschreiben — der Krisch Gesellsch. m. b. H.
Berlin S.W. 68, Zimmerstr. 13.

H. Leibeling 20.16.

Bund der technischen Angestellten und Beamten
Ortsverwaltung Charlottenburg I, II u. III.

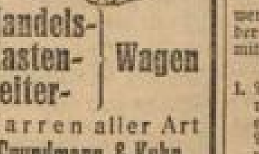
Gemeinsame Monats-Hauptversammlung
am Donnerstag, 2. Sept. 1920, abends 7½ Uhr in der Aula der XIII. u. XIV. Gemeindeschule, Charlottenburg, Pestalozzistr. 40.
Referent: Herr Pfarrer Bleier.
Um recht zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder wird ersucht. (160/12) Der Vorstand. J. A.: Kühling.

Bekanntmachung.
Die 7. Abänderung der Kassensatzung betreffend die Neufestsetzung der Grundlöhne und anderweitige Festlegung der Wochenhilfe und der Beiträge ist vom Oberversicherungsamt genehmigt worden. Diese Abänderung ist bereits am 2. bezw. 7. und 10. Mai 1920 in Kraft getreten.
Druckexemplare der Satzungsänderung gelangen vom 3. September ab im Kassenlokal zur Ausgabe.
Berlin, den 31. August 1920.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Max Gutsche, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß der Kasse werden hiermit zu der am **Freitag den 10. September 1920,** abends 7 Uhr, im Kassenlokal, Wallstr. 65 II, stattfindenden
außerordentlichen Ausschußsitzung
eingeladen. 118/3
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über den Tarifvertrag zwischen dem Verband der Krankenkassen Groß-Berlin und dem Zentralverband der Angestellten.
2. Aenderung der Dienstordnung.
Der Vorstand. Josef Hartmann, Vorsitzender.

Möbel
gegen bar u. Teilzahl. bei kleinster An- und Abzahlung.
Landwehr,
Müllerstr. 7 (Wedding).

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
Zu der am **Montag, den 13. September, abends 6 Uhr, im Holzarbeiter-Verbandshaus, Rungestraße 30, Hof part. links,** im Sitzungssaal stattfindenden
außerordentlichen Ausschußsitzung
werden die Herren Vertreter der Innung und der Kassenmitglieder hierdurch eingeladen.
Tagesordnung:
1. Vorlage des neuen Tarifvertrages der Angestellten; eventl. Beschlußfassung über Abänderung der Dienstordnung.
2. Das Abkommen mit den Kassenärzten.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
Otto Gronau, Vorsitzender. H. Mätebusch, Schriftführer.



Handels- Kasten- Leiter- Wagen
Karren aller Art
Grundmann & Kohn
Transportgeräte-Fabrik,
Cöpenicker Str. 73 u. 113.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Moritzplatz 9955

Geld-
Verdienst durch eine gute Idee. — Wegweiser durch Klauser & Co., Berlin SW 13, Friedrichstraße 9.

Münzstr. 24 Erste Etage
BERLOWITZ
Münzstr. 24 Erste Etage
Herrenstiefel Für Sport und Beruf geeignet. Braun Fahlleder, hoher Schaftschnitt, schwer verarbeitet **189.-**

HERMANN TIETZ Preiswerte Lebensmittel

Tafel-Reis .... Pfund	4⁷⁵
Maismehl (Backmehl), weiss Pfund	4⁷⁵
Suppen Hühner Pfd.	12⁰⁰
Junge Enten.... Pfund	14⁵⁰
Erbsenmehl .... Pfund	2⁹⁵
Schellfisch frisch .... Pfund	2⁰⁰

Rotkohl holländischer... Pfund 30 Pf.
Blumenkohl ...Kopf von 60 Pf. an
Mohrrüben........ Pfund 20 Pf.
Dauerzwiebeln .. Pfund 68 Pf.
Grosse grüne holl. Gurken Stck. 1³⁵

Blaue Pflaumen . Pfund 80 Pf.
Pfirsiche .... Pfund 2¹⁰
Luise-Birnen .... Pfund 95 Pf.
Tomaten .... Pfund 60 Pf.
Tiroler-Aepfel..... Pfund 85 Pf.

Würstchen amerikanische ca. 13-14 Stück.. Dose	8²⁰
Grüne Heringe .... Pfund	3⁸⁰
Speise-Oel .... Flasche	3⁰⁰ 5⁷⁵
Catfisch .... Pfund	3⁴⁰

Margarine ...... Pfund	10⁵⁰
Tilsiter Käse .... Pfund	7⁴⁰
Landkäse .... Stück	5⁴⁰
Vierfrucht-Marmelade ca 50% Zucker .... Pfund	3⁹⁰
Bienenhonig.... Pfund	15⁵⁰
Bücklinge........... Pfund	6³⁰

Haushaltartikel

Reine Kernseife Riegel ca. 300 g 6³⁰
Reine Feinseife ... Stück 3⁵⁰
Seifenpulver „Waschengel", Pak. 1⁸⁵ 3⁶⁵

Blitzblank Paket 30 50 Pf.
Scheuertücher Stück 3⁹⁰ 5⁰⁰
Putzwasser „RiRa", vorzüglich grosse Flasche 3²⁵

Bohnerwachs Ia Qual. Dose 5²⁵ 10⁰⁰
Kerzen 24 Stundenbrenner, Stück 10⁰⁰
Hartspiritus im Feldkocher Dose 5⁵⁰

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. (Außer Abonnement.) **Meistersinger.** 5 Uhr.

Schauspielhaus. Die Räuber. 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater. 7 Uhr: Der lebende Leichnam. Freitag 7½: Jaakobs Traum.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Büchse der Pandora. Freitag 7½ Uhr: Der Sohn.

Gr. Schauspielhaus (Karlstraße) 7½ U.: Lysistrata (16. Abt., S.A.) Freit. 7½: Lysistrata (17. A.S.A.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße 7½ Uhr: Geständnis. Sonnabend, 4. September: Zum ersten Male: **Baumeister Solness** Schauspiel von Henrik Ibsen (Alb. Steinrück, Erika Gläßner, Käte Hannemann, Rose Veldtkirch, Gustav Botz, Heinz Sileda, Felix Rossert.)

Komödienhaus 7½: Eine Nacht im Paradies.

Berliner Theater 7½ Uhr: Der letzte Walzer

Central-Theater 7½ U.: Die verschwund. Pauline.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: **Tosca.**

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Der blonde Traum.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie

Kl. Schauspielhaus. 7½ U.: Der Floh im Panzerhaus

Komische Oper 7½ Uhr: Liebe im Schnee. Erste Besetzung.

Lustspielhaus Arnold Rieck in: 7½ Uhr: Zwangs-Einquartierung

Metropol-Theater. Geschlossen, 4. September: **Hollandweibchen.**

Neues Central-Theater 7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus 7½ U.: Die Csikosbaroness.

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Der Biberpelz

Schiller-Theat. Charl. 7½ Uhr: Der Vielgeprüfte

Thalia-Theater 7½ U.: Hoheit die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz Geschlossen. Freitag 7 Uhr: Wenn Liebe erwacht

Theater des Westens 7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater 7½ Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Walhalla-Theater. 7½ U.: Die Internationale.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7½ Uhr: Eine Landpartie. Verwickelte Geschichte.

Lessing-Theater. Allabendlich 7½ Uhr: **Die Tänzerin** (Leopoldine Konstantin)

Deutsches Künstler-Theater Zum 1. Male, 7 Uhr: **Die Scheidungsreise** Musikalischer Schwank von Leo Walter Stein. Musik von Hugo Hirsch. Inszenierung: Victor Palfi. (Max Adalbert und Trude Hesterberg.)

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt in **Untreu** Sonntag 4: Der Störenfried

Residenz-Theater. Untergrundbahn Klosterstr. Heute zum 1. Male, 7 Uhr: **Die Freundin** Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Rotter. Durieux, Toelle, Albers, Bildt, Biensfeldt, Valentin. Freitag und folgende Tage 7.30 Uhr: **„Die Freundin".**

Walhalla Theater a. Rosenthaler Pl. Saison-Beginn: Donnerstag, den 16. Sept. Gastspiel **Wilhelm Hartstein** m. s. erstkl. Gesellschaft und das große Programm! Sonntags 2 Vorstellungen.

Apollo-Theater 7½ 7½ Dir. James Klein. **Herbst-Sensations-**Eröffnungsprogramm Gastspiel d. internat. preisgekr. Meister-Detektivs **Hannussen** m. sein. einz. dasteh. Experim. u. Vorführ. **5 Carras** d. best. Akrob. d. Welt **Tegethoff** Schwed. Illusionist in nie gesehener Darbietung **Madame Lauré** d. tollkühne Schönh. **4 Eitners** Drahtseil-Luftakt **2 Planks** Kom. Rollschuhakt **Bonita Berol** jugendl. Tänzerin **Chung, Ling u. Hoo** chines. Parodisten **Edler u. Nicki** d. rätselhafte Redner Sonnt. 3½ U. hat jed. Erwachs. 1 Kind frei.

Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 **Stettiner Sänger** Nachmittags halbe Preise.

Varieté-Café **Moritzplatz** Oranienstraße 53-54 **Martin Loewe Childa Drei Urbarnis** und das große **Varieté-Programm.**

METROPOL Behrenstraße 54. **Max Grix Grigori Truppe Paul Steinitz Tschetschorke-Marheinecke** und die übrigen September-Schlager. **Sonntags 2 Vorstellungen** Nachmittags 3½ Uhr: Kleine Preise. ff. Kaffee, Mokka, Schokolade, Gebäck.

Rennen zu Grunewald

(Unionklub)
Donnerstag, den 2. September, nachmittags 2½ Uhr **7 Rennen.**

Schall und Rauch Im großen Schauspielhaus. Bh. Friedrichstr. Tel. Nord 8643 Dir. Hans v. Wolzogen. Das gr. September-Progr. mit **Kulissen d. Seele** v. Nik. Nikolajew. Evreinoff. Hauptroll.: Hermann Thimig. Rob. Forster-Larrinaga. A. Flügel: Kpmstr. Spoliansky. Konz. Vorv. A. Wertheim Beg. 7½ u. Tagesk. v. 11-1. 8½.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. 8¼: Das gr. Eröffnungsprogramm mit dem neuen Schlager: **Knorp's sel. Witwe** und „Anschluß verpaßt". Singspiel mit Viktor Litzek. Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Rose-Theater. 7½ Uhr: **Die Ratten.**

Admirals-Palast 7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Theater a. Kottbus. Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Abends 7½ und Sonntagnachm. 3 U.: **Elite-Sänger.** Neues Programm!

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: **Varieté-Spielplan** Rauchen gestattet!

Residenz-Kasino Blumenstr. 10. Sonnabend, d. 4. Septbr. 1920: Feier des 1 jähr. Bestehens Eröffnung d. Residenz-Bar Um 10 Uhr: Tanzvorführungen. Täglich Großer Ball.

Schloßbrauerei Schöneberg Hauptstr. 121/22. Dir.: E. Krämer. Fernsprecher: Stephan 1691 Heute Donnerstag: **2 gr. Entscheidungskämpfe!** Revanchekampf bis zur Entscheidung Weber, Weltmstr., gegen Pinetzki Hochdanen geg. Hans Schwarz

Die höchsten Preise für Kupfer, Messing, Rotguß usw. spez. Zinn und Weißmetall erzielen Sie Adalbertstraße 4 u. Prinzenstraße 101.

Unsere Eigelb-Margarine bräunt, schmeckt und duftet beim Braten genau wie feinste Butter und spritzt nicht. Man achte aber auf die Umhüllung, daß sie bezeichnet ist mit **Mohr & Co.** G. m. b. H., **Altona-Ottensen**

Nutzeisen Ankauf Verkauf Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben **Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg** Rittergutstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/647. Nutzeisenabteilung: 838b* Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

Dir. Siegb. Goldschmidt
GENUINE mit Fern Andra HEUTE MARMORHAUS
Einlaß 6.30 u. 8.30. Vorverkauf 11-1

Verkaufen Sie nichts, bevor sie unser Gebot hören. **Brillanten, Perlen, Edelsteine** allerhöchste Preise. 101/15* Bruch-Platin bis 150 M., -Gold bis 32 M., -Silber bis 1,20 M. **Wolfsohn & Neumann, Unter den Linden 14 II.** 9 bis 5.

B. FEDER NORDEN: Brunnenstraße 1 OSTEN: Frankfurter Allee 350 SÜDEN: Kottbuser Damm 103 WESTEN: Charlttbg., Scharrenstr. 5 **Vollständige Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung** unter günstigen Zahlungsbedingungen Speisezimmer, Herrenzimmer Wohn- u. Schlafzimmer, einzelne Möbel Dielen-, Garten-, Balkon-Möbel in größter Auswahl zu billigen, ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Messing, Kupfer, Zinn, Zink, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sowie sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend **Metall-Einkaufszentrale,** Kottbuser Damm 68 (Hermannplatz). Mpl. 13580.

Armeepistolen 08 Parabellum Mauser 9 Millimeter kauft und zahlt höchste Preise **W. Dielke,** Berlin SW, Kommandantenstr. 86

Krause Pianos zur Miete Ansbacher Straße 1, Ecke Kurfürstenstraße

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin **A. Lehmann & Co.,** Inh.: Gantenberg. Leipziger Str. 115/116. Gr. Frankfurter Str. 100.

Gold-, Platin-, Silberbruch zur eigenen Verwendung, daher allerhöchste Preise, kauft Dental-Laboratorium Kurfürst Kurfürstenstr. 89. 18/1

Zinn, rein, bis **35 M.** Quecks., Bierschlang., Gold-, Silberbruch, Altmetall, allerhöchste Preise Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17, Moritzpl.

Altmetalle, Zinn Quecksilber, Zahngebisse, Platin-, Gold-, Silberbruch, weit über Tagespreis nur 3 Einkaufsstellen **Brunnenstr. 11 Beusselstr. 29 Fennstr. 48**

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 80 zahlt höchste Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Brillanten Bruch **Gold, Silber, Platin und Zahngebisse** zu höchsten Preisen **Heller & Eisenberg** G. m. b. H. Berlin C 19, Seydelstr. 6 Ztr. 1817. — a. Spittelmarkt

Parzellen 528D* in guter Kultur und bequem erreichbar verkaufe sehr billig an der Schloß-Allee in Niederschönhausen nahe Schloßpark. Ausk. a. Sonntgs. Niederschönh., Schloß-All. 40. S. Joseph. Amt Moabit 8673.

Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert **Spezial-Ein- u. Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel** gegen **Zinsvergütung** bei **mäßiger Anzahlung** und **geringen monatlichen Ratenzahlungen.** Off. Postlagerkarte 66, Postamt O 27. **Keine Kassierer. Größte Kulanz.**

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien: Vor 1900 Jahr.! **Wer war Jesus Christus?** In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen Preis Mk. 6.50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme. Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 4[illegible]

Alte, auch zerbrochene Gebisse kauft von Montag, den 30. August, bis einschl. Sonnabend, den 4. September, von 9—6 Uhr im Hotel Ruppiner Hof, Invalidenstr. 29. Zahn bis 10 M. 83/12* **Bartsch,** Henningsdorf.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H. Alexanderstraße 48 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glanz. Erfolge! Beobachtg. Tel.: Königst. 3398

Stellenangebote

Geübte Binderinnen 885D für Taschenlampenbatterie-Kohlen stellen ein **Neue Element-Werke** Friedrichstraße 105a.

Vorarbeiter für unsere Elemente-Fabrik zuverlässig, energisch und gewissenhaft, gesucht. Borst. 9-4 **Deutsche Elemente-Fabrik,** Hans Neumann, Berlin SO 26, Elisabeth-Ufer 5[illegible]

Portierstelle Herrschaftshaus, Warmwasser gute Wohnung, Zeugnisabschr., Gehaltsanspr., schriftlich. [illegible] Pollack, Uhlandstr. 106.

Feuerversicherung. Für Berliner Bureau fachlich vorgebildete Kräfte gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter P. 8887 an Ala Daube & Co., Berlin SW 19

Tüchtige **Verkäuferinnen** für die Abteilung **Seifen und Parfümerie** sofort gesucht. Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends. **A. Jandorf & Co.,** Belle-Alliance-Straße 1-2.

10 bis 15 geübte Kabelformerinnen für größere Schrankkabel, die als solche schon längere Zeit gearbeitet haben, werden sofort verlangt. 890D **C. Lorenz Aktiengesellschaft** Berlin-Tempelhof, Lorenzweg 1.

Staatssekretär Stock ausgeschieden.

Abgeordneter Genosse Stock-Heidelberg war s. Z. bei der Neubildung der Reichsregierung nach dem Kapp-Putsch als parlamentarischer Staatssekretär in das Reichswehrministerium eingetreten. Als nach den Reichstagswahlen die Sozialdemokratie sich an der Regierungsbildung infolge der Ablehnung der Unabhängigen nicht mehr beteiligte, erklärte auch Genosse Stock seinen Rücktritt, wurde aber vom Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister gebeten, die Arbeiten des Untersuchungsausschusses fortzusetzen. Diese Arbeiten sind nun beendet und Genosse Stock hat sein Amt niedergelegt.

•

WTB. meldet: Der unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Stock stehende Untersuchungsausschuß für die Märzvorgänge im Reichswehrministerium hat seine Arbeiten abgeschlossen. Insgesamt waren gegen **828 Offiziere und 24 Beamte** Anzeigen erstattet, daß sie sich in den Märztagen für die Kapp-Regierung und deren Anhänger eingesetzt hätten. Außerdem war von Marineoffizieren gegen **169 Untergebene wegen** Gefährdung der Disziplin Anzeige gestellt.

Der Ausschuß hat die Fälle restlos bearbeitet mit folgendem Resultat:

A. Offiziere:

In 112 Fällen war bereits vor der Behandlung im Ausschuß Verabschiedung eingetreten.

Auf sofortige Dienstenthebung wurde erkannt in 60 Fällen. Die Beurlaubung bis zum Abschluß des Verfahrens beim Obereichsanwalt wurde ausgesprochen in 92 Fällen.

In 63 Fällen wurde Versetzung und Umkommandierung verfügt und in 501 Fällen wurde dem Reichswehrminister vorgeschlagen, nichts zu unternehmen.

B. Beamte.

In einem Fall wurde auf Beurlaubung, in 2 Fällen auf Versetzung, in 2 Fällen auf disziplinarische Erledigung erkannt und in 19 Fällen vorgeschlagen, nichts zu unternehmen.

C. Unterpersonal der Marine.

In 3 Fällen wurde auf Beurlaubung, in 9 Fällen auf Versetzung und Umkommandierung erkannt.

In 157 Fällen wurde das Verfahren eingestellt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen, nichts zu unternehmen, da die Handlungen (Verhaftung der Offiziere) als ein Akt betrachtet wurden, für den dem Beschuldigten in den verworrenen Verhältnissen Wahrung berechtigter Interessen zuerkannt wurde.

Das Referat für das Unterpersonal im Heere, das als Revisionsinstanz für aus dem Heere Entlassene eingerichtet wurde, besteht noch und schließt seine Arbeiten demnächst ab.

General Hoffmanns Diskussionsrede.

Genosse Erwin Barth schreibt uns:

Die Zeitungsberichte über meine Rede am Dienstagabend erwecken den Anschein, als wenn diese von einem Unterton nationalistischen Hasses getragen gewesen wäre. Das ist durchaus nicht der Fall. Nur darum, weil es in der Oeffentlichkeit mehr darauf ankommt, was in den Zeitungen steht, als das, was in der Versammlung gesprochen wird, nehme ich Gelegenheit, darzutun, daß der Kern meiner Rede eine sehr eindringliche Warnung dagegen war, sich in der Politik von überhitzten Stimmungen leiten zu lassen. Ich habe dem Sinn nach ausgeführt, daß weder Rußland noch Deutschland allein sich wiederaufrichten könnten, und daß auch das Zerbröckeln der gesamten europäischen Wirtschaft nicht von den einzelnen Nationen aufgehalten werden könne. Die Trennungsmauern zwischen den feindlichen Völkern müßten abgebaut und die Giftstoffe aus der internationalen politischen Atmosphäre entfernt werden. Man müsse sich in allen Ländern darüber klar werden, daß der Aufbau Rußlands und Deutschlands und ganz Europas nur durch alle Völker Europas in gemeinsamer Arbeit geleistet werden kann. Zum Aufbau Europas gehören Deutschland und Rußland ebensogut, wie England und Frankreich! Die Zustimmung des Generals Hoffmann zu meiner Rede bezog sich gerade auch auf diese Darlegungen.

(Wir hatten den uns von einem bürgerlichen Korrespondenzbureau übersandten Bericht über die Rede des Genossen Barth darum nicht abgedruckt, weil er uns als entstellt erschien. Die vorstehenden Zeilen des Genossen Barth haben unsere Auffassung bestätigt. D. Red.)

•

Die zu gestern abend einberufenen Versammlungen, die sich ebenfalls mit der durch den polnischen Krieg geschaffenen Lage beschäftigten, waren sehr gut besucht. In Kliems Festsälen sprach Genosse Ulrich Rauscher, dessen vorzügliches Referat ungeteilten Beifall fand. In der Diskussion sprachen Anhänger der linksstehenden Parteien, welche sich gegen einige Ausführungen des Genossen Rauscher wandten, im allgemeinen aber wesentliche Einwendungen nicht machen konnten. Ein kommunistischer Redner sprach sich sehr lebhaft gegen die Neutralität und für möglichst weitgehende Aktivität aus. Er fand aber wenig Anklang. In seinem Schlußwort blieb dem Genossen Rauscher nur übrig, einige Unrichtigkeiten der Diskussionsredner festzustellen. Die vorgelegte Resolution fand gegen 3 Stimmen Annahme.

Ein Garant für Verfassungstreue.

Der Orgesch-Leiter in Pommern.

Der Leiter der Orgesch in Pommern hat das übliche Protest- und Entrüstungsschreiben gegen die Auflösung an den Reichspräsidenten abgesandt. Natürlich garantiert der Herr für volle Verfassungstreue und Ablehnung aller umstürzlerischen Bestrebungen.

Diese Versicherung erhält ein etwas merkwürdiges Aussehen, wenn man den Namen des Orgesch-Leiters für Pommern erfährt. Es ist dies der berüchtigte Leutnant Roßbach, der im Oktober 1919 gegen den ausdrücklichen Befehl der Regierung mit seiner Truppe meuternd nach Kurland durchging und von dort eine Erklärung gegen die Regierung im Stile des Göz von Berlichingen erließ. Nach dem Zusammenbruch des Abenteuers erzwangen die Baltikumer bekanntlich auch für Roßbach Amnestie. Dieser hat nun nichts Eiligeres zu tun, als sein angeblich aufgelöstes Sturmbataillon unter dem Deckmantel eines Herrenklubs zu sammeln. Eine Villa im Berliner Westen diente als Klubgebäude. Die Angestellten des Klubs waren die früheren Offiziere des Detachements. In dem Gebäude lagerten Maschinengewehre und Waffen die schwere Menge, so daß es im Handumdrehen in eine Festung verwandelt werden konnte. **Am Tage des Kapp-Putsches hißte Roßbach sofort die schwarz-weiß-rote Fahne** und stellte sich der Kapp-Regierung zur Verfügung samt seinem Klub.

Dieser Mann „garantiert" jetzt für die Verfassungstreue der Orgesch. Er ist Provinzialleiter der „Organisation der Mitte", die angeblich auch Putsche von rechts bekämpft.

„Bewaffnet, womit es auch sei . . ."

Im Regierungsbezirk Aurich besteht die Orgesch unter dem Namen von Notschutzverbänden. Wie diese die Entwaffnungspflicht und das Verbot der Organisation auffassen, zeigt folgendes Zirkular:

Kreisrat des Landesschutzbezirks Aurich.
Geschäftszimmer: Aurich, Landratsamt.
Telephon Nr. 25.

Aurich, den 24. August 1920.

Nachrichtenblatt Nr. 4
für die Notschutzverbände des Landesschutzbezirks Aurich.

Die Zeitungsnachrichten über das Entwaffnungsgesetz lassen vielfach bei den Mitgliedern unserer Notschutzverbände (E. V.) Zweifel aufkommen.

Ich gebe daher nochmals ausdrücklich bekannt, daß alle Verfügungen, welche die Notschutzverbände betreffen, vom Kreisrat an diese mitgeteilt werden. **Nur diese sind gültig!**

Die Waffen bleiben **so lange im Besitz**, bis hierüber andere Bestimmungen dienstlich erlassen werden.

Keinesfalls aber kann und darf deshalb von der Auflösung auch nur eines einzigen Notschutzverbandes die Rede sein.

Im Gegenteil. Festes Zusammenhalten ist heute mehr denn je notwendig! Und hätten wir keine Gewehre mehr, so wäre ein einig geschlossener, energisch auftretender Ortschutzverband, **sei er bewaffnet, womit es auch sei**, immer der sicherste und beste Schutz für den Ort, für die Gemeinde.

Wir müssen uns selbst helfen, sonst hilft uns niemand! Die Gefahr ist noch lange nicht vorüber!

Ich bitte, dies allen Mitgliedern des dortigen Notschutzverbandes bekanntzugeben.

gez. Brinzlach, Kreisrat.

Die Worte „sei er bewaffnet, womit es auch sei", lassen gar keinen Zweifel darüber, daß es sich um eine bewaffnete Organisation handelt, die ohne besondere Erlaubnis **gegen § 127 des St.B.G. verstößt.** Es liegt hier also eine Aufforderung zu strafbarer Handlung vor. Was meint der Herr Staatsanwalt dazu?

Arbeitslosentumult in Frankfurt a. M.

Blutige Zusammenstöße.

Frankfurt a. M., 1. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung kam es heute nachmittag vor dem Rathaus zu blutigen Zusammenstößen. Die Erwerbslosen forderten in der Hauptsache eine einmalige sofortige Zahlung von 500 M. an solche Erwerbslose, die längere Zeit außer Arbeit stehen. Die Abordnung der Erwerbslosen trug diese Wünsche dem Magistrat vor. Währenddem zogen die Versammlungsteilnehmer zum Rathaus und versuchten, aufgepeitscht durch **Hetzreden von gut gekleideten Leuten, die sich im Hintergrunde der Massen hielten,** das Rathaus zu stürmen. Dort hatte man die Sicherheitspolizei postiert, die auch die übrigen öffentlichen Gebäude besetzt hielt. Als die Demonstranten dazu übergingen, die verschlossenen Tore aufzubrechen, gab die Sicherheitspolizei, die in große Bedrängnis geraten war, zunächst Schüsse in die Luft ab. Als die Massen jedoch mit erneuter Gewalt einzudringen versuchten, erfolgte scharfes Feuer, das eine beklagenswerte Wirkung hatte. Mehrere Tote und Schwerverletzte blieben auf dem Platze und ihre gräßlichen Wunden zeigen, daß sie von Querschlägen herrührten, so daß man annehmen muß, daß die Sicherheitspolizei nicht in die Massen, sondern auf das Pflaster geschossen hat. Zahlreiche leichter Verletzte konnten sich in Sicherheit bringen. Die Geschäfte schlossen sofort, da Ausschreitungen befürchtet wurden.

Auch die Arbeiter verließen in großen Scharen die Betriebe und kamen zu einer Protestversammlung im Schumann-Theater zusammen, wo der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß man es mit einem Vorläufer zu einem neuen Rechtsputsch zu tun habe. Es wurde der Gedanke des Generalstreiks lebhaft propagiert, und gegenwärtig verhandeln hierüber die kommunistischen und unabhängigen Betriebsobleute und Vertrauensmänner, während es noch ungewiß ist, ob sich die sozialdemokratische Partei diesem Vorgehen anschließen wird. Im Laufe des Nachmittags wurden einzelne Sicherheitswehrsoldaten und Offiziere wiederholt von der Menge mißhandelt, aus der Straßenbahn herausgeholt und entwaffnet.

Frankfurt a. M., 1. September. Zu den Zusammenstößen wird amtlich gemeldet, daß es nach den bisherigen Feststellungen beim Eindringen der Menge in das Rathaus fünf Schwer- und zwei Leichtverletzte gegeben hat. Eine Hundertschaft der Sicherheitswehr säuberte nach dem Zusammenstoß den Römerberg und die Bethmannstraße und sperrte den Römerberg ab. Gegen 1 Uhr mittags wurde am Schillerplatz eine Zusammenrottung zerstreut. Auf der Kaiserstraße wurde zur gleichen Zeit ein Waffenladen geplündert, wobei Revolvermunition entwendet, Polizeibeamte mehrfach belästigt und ein höherer Polizeibeamter mit Messern bedroht wurden. Augenblicklich durchziehen starke Polizeistreifen die Stadt. Auf 3 Uhr ist von den Arbeitslosen eine Protestversammlung nach dem Schumann-Theater einberufen worden, an der sich angeblich auch die Arbeiter der Kleyerwerke beteiligen wollen, die sich mit den Erwerbslosen solidarisch erklärt haben sollen.

Verständlich, aber bedenklich.

Buchdrucker verweigern Herstellung reaktionärer Schriften

Aus Elberfeld meldet WTB.: In dem Betrieb der „Bergisch-Märkischen Zeitung" in Elberfeld weigerte sich heute das technische Personal, einen Leitartikel des politischen Schriftleiters dieser Zeitung, Dr. Ernst Brannweiler, zu setzen, der den Titel „Verfassungssabotage" führte und sich u. a. grundsätzlich auch mit den Auswirkungen befaßte, die sich aus einem Beschluß der Ortsgruppe Elberfeld des Buchdruckerverbandes ergeben, der folgenden Wortlaut hat:

„Die heute am 26. August tagende Buchdruckerversammlung verurteilt auf das entschiedenste die jedes journalistischen Anstandes bare Schreibweise des bei der Firma Bacmeister hergestellten „Bürger-Vorwärts". Sie verlangt von den dort beschäftigten Kollegen, daß sie in Zukunft jede Handreichung verweigern, Zeitungsartikel in die Welt zu setzen, die zur Arbeiterzersplitterung beitragen und ihre anerkannten Führer mit Schmutz bewerfen. Der Buchdrucker ist Buchdrucker und kein Kloakenarbeiter."

Der Verlag hat in der Weigerung, den Leitartikel zu setzen, eine Zensur des technischen Personals über die Arbeit der Schriftleitung erblickt, die in keiner Weise zugestanden werden könne, da dies einen für das gesamte deutsche Zeitungsgewerbe verhängnisvollen Präzedenzfall schaffen würde. Das technische Personal ist daraufhin in den Streik getreten.

•

Niemand wird uns in Verdacht haben, für die Firma Bacmeister und ihren „Bürger-Vorwärts" irgendwelche Sympathie zu hegen. Wir verstehen auch sehr wohl die gefühlsmäßige Abneigung der Buchdruckereiarbeiter, für die Herstellung reaktionärer Pamphlete tätig zu sein. Trotzdem erscheint uns das eingeschlagene Verfahren nicht billigenswert. Der Kampf auch gegen die unsaubersten reaktionären Literaturerzeugnisse kann wirksam nur geführt werden auf geistigem Boden durch Widerlegung ihres Inhalts und Aufklärung der Massen. Den Setzer, der einen Artikel setzt, den Drucker, der ihn druckt, trifft keine moralische Verantwortung für seinen Inhalt, er braucht sich nicht als „Kloakenarbeiter" zu fühlen. Aber er ist auch kein Zensor. Wir wissen wohl, daß es den organisierten Buchdruckereiarbeitern im allgemeinen fern liegt, eine Zensur über die von ihnen hergestellten Druckerzeugnisse ausüben zu wollen und daß hier nur ein besonders krasser Fall getroffen werden soll. Aber es handelt sich bei der ganzen Frage **um ein Prinzip, das keine Durchbrechung verträgt,** auch nicht „Auswüchsen" gegenüber, weil niemand bestimmen kann, wo Auswüchse anfangen und wo sie endigen. Wer Geistesfreiheit fordert, der gibt auch seinem Gegner Freiheit. Wir haben das von Anfang an gewußt, aber wir haben es nie gefürchtet, weil wir stets auf die Güte unserer Sache vertraut haben. Und darauf soll die Arbeiterschaft auch heute noch vertrauen.

Ein dicker Schwindel.

Die „Hallesche Zeitung" Nr. 371 vom 25. August hat über angebliche Waffenschiebungen des Landrats Stammer folgende detaillierte Mitteilungen veröffentlicht:

„Der Reichstreuhandgesellschaft sind vor etwa 10 Tagen von einem Pionierbataillon 20 Karabiner zur Vernichtung angemeldet worden. Einige Tage später wird bei der Reichstreuhandgesellschaft telephonisch angerufen. Am Apparat meldet sich: „Hier der Landrat des Kreises Bitterfeld." Auf die Frage, was er wolle, erklärte er, er habe von der Regierung den Befehl, 18 Karabiner von der Reichstreuhandgesellschaft für das Landratsamt Bitterfeld einzufordern. Trotz mehrmaliger Aufforderung, den Namen zu nennen, antwortete die Stimme am Apparat nur: „Hier ist der Landrat." Selbstverständlich kann es sich dabei nur um den kommissarischen Landrat des Kreises Bitterfeld, Herrn Stammer, handeln. Herr Stammer wird natürlich nicht so unvorsichtig sein, einen seiner Bureauangestellten in dieser Angelegenheit telephonieren zu lassen. Es wäre angebracht, wenn sich die Regierungskreise einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen würden. Es wirft ein eigenartiges Licht auf den als radikalen unabhängigen Sozialisten wohlbekannten kommissarischen Landrat, daß er zur Vernichtung angemeldete Waffen einfordert."

Wie der Preußische Pressedienst hierzu erfährt, hat nach den sofort angestellten Ermittlungen bei der Post ausweislich der dort geführten Listen **ein Telephongespräch zwischen dem Landratsamt Bitterfeld und der Treuhandgesellschaft im Monat August überhaupt nicht stattgefunden.** Weder der Landratsamtverwalter Stammer noch irgendeiner seiner Bureauangestellten haben von einer anderen Stelle aus mit der Treuhandgesellschaft telephoniert. Eine Anforderung von Waffen seitens des Landratsamts bei der Treuhandgesellschaft **ist nie erfolgt;** im Gegenteil ist erst vor wenigen Tagen ein großer Bestand von Handfeuerwaffen zur Unbrauchbarmachung vom Landratsamt in Bitterfeld **im Einvernehmen mit dem Landrat abgeholt worden.** Gegen die Zeitung hat der Oberpräsident Hörsing Strafantrag wegen verleumderischer Beleidigung gestellt.

Das gemästete Hakenkreuz.

Schlemmerei im judenreinen Borkum.

Alldeutsche Blätter brachten vor einiger Zeit die Notiz, daß die Hafenarbeiter von Emden gedroht hätten, den Verkehr nach Borkum lahmzulegen, wenn dort noch weiter das „Borkumlied", die antisemitische Nationalhymne der dortigen Badegäste, gesungen würde. In diesem Kampfe aber hätte das Germanentum gesiegt und das Lied, von dem ein Einsender der „Deutschen Zeitung" beteuert, daß es dem Borkumer Badegast ein unentbehrliches Tagesbedürfnis sei, ertöne wieder.

So poetisch war die Sache jedoch nicht. Die Emdener Hafenarbeiter stießen sich gar nicht an den „geistigen" Vergnügungen der teutschen Badegäste, zumal der Vardengesang ihrer Männerkehlen bis Emden nicht zu hören war, um so größeren Anstoß aber nahmen sie an der **leiblichen Schlemmerei,** die auf Borkum und zwar auf Kosten der Emdener Bevölkerung getrieben wurde. Hat doch selbst die „Deutsche Zeitung" gerühmt, daß in Borkum „auch die verwöhntesten Ansprüche" befriedigt würden. Während in Emden die Arbeiter hungerten und vier Wochen lang jeder Fleischverkauf wegen Fleischmangels eingestellt war, herrschte in Borkum eine derartige Fülle von Fleisch, daß die Badegäste Fleisch, Speck, Fett, Wurst usw. paketweise in die Heimat verschickten. Vieh wurde massenweise nach Borkum verschoben, erst recht Milch, und während in Emden die kleinen Kinder der Milch entbehren mußten, **schlemmte in Borkum ein kaufkräftiges antisemitisches Publikum in Schlagsahne.** — Gegen diese Schlemmerei haben sich die Emdener Hafenarbeiter gewandt und mit der Drohung, den Verkehr lahmzulegen, auch ein Kontrollrecht über die Sendungen nach Borkum erlangt.

Diese Tatsachen verdienen um so mehr festgehalten zu werden, als die alldeutsche Presse wochenlang versucht hat, die Schlemmereien in den Badeorten ausschließlich den jüdischen Badegästen zur Last zu legen. Wir bestreiten keineswegs, daß auch jüdische Badegäste oft durch Luxus und Schlemmerei Anstoß erregt haben. Der Fall des „judenreinen" Badeortes Borkum beweist aber, daß die Schlemmerei mit Rasse und Konfession nichts zu tat, und daß die begüterten Deutschnationalen, wo sie ganz unter sich sind, sich kein Gewissen daraus machen, die Milch der Säuglinge zu verschlemmen — mit angelegtem Hakenkreuz und unter Absingung des Borkumliedes!

Ministerpräsident Braun für die Soldatensiedlung. Ministerpräsident Genosse Braun besichtigte am Dienstag das Lockstedter Lager, dessen Erschließung und Besiedlung vom Landwirtschaftsministerium mit großem Nachdruck gefördert wird. Am Abend fand eine Versammlung sämtlicher Soldatensiedler statt, in der Genosse Braun und Hauptmann Schmude über die Durchführung des Siedlungsprojektes referierten. Von den Soldatensiedlern wurden eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die zur vollen Zufriedenheit der Fragesteller beantwortet werden konnten.

Der Hauptausschuß der Preußischen Landesversammlung begann die Etatsberatung bei der allgemeinen Finanzverwaltung mit einer großen Aussprache, in welcher alle die bereits in der Oeffentlichkeit bekannten Klagen über die Staatsfinanzen von neuem zur Sprache kamen. Von Interesse war nur die Mitteilung des Finanzministers, daß Preußen bisher von dem ihm zustehenden Anteil an den Reichssteuern nicht einen Pfennig erhalten habe. — Der Besoldungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet das Besoldungsgesetz weiter. Es wurde beschlossen, die Ausführungsbestimmung der Preußischen Staatsregierung über das Gesetz vom 8. Juli 1920 betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechtes einer Nachprüfung zu unterziehen.

Katholischer Schulstreik in Plauen. Wie die „Neue Vogtländische Zeitung" berichtet, wurde in einer sehr stark besuchten Protestversammlung der katholischen Erziehungsberechtigten einstimmig der Schulstreik beschlossen, bis eine katholische Schule für Plauen gesichert ist. Bisher haben sich 896 Erziehungsberechtigte dem Streik angeschlossen.

Die Kriegsopfer an das Volk!

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen richtet an das deutsche Volk, vornehmlich aber an die Reichstagsabgeordneten, nachstehenden Aufruf:

Die Nationalversammlung hat am 28. April 1920 das Reichsversorgungsgesetz verabschiedet. Obwohl das Gesetz in verschiedenen Punkten gegenüber dem bisherigen Zustand Verbesserungen bringt, muß es in mehreren Teilen den schärfsten Widerspruch der Opfer des Krieges hervorrufen. Da bis jetzt alle Einsprüche der Versorgungsberechtigten beim Reichstag und bei der Regierung einen Willen zur Aenderung des Gesetzes nicht hervorrufen konnten, wenden sich die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen an das deutsche Volk. Die Pflichten, die das Volk gegenüber den Opfern des Krieges zu erfüllen hat, werden durch das Reichsversorgungsgesetz nicht erfüllt.

Ein erheblicher Teil der Kriegsbeschädigten wird nach dem neuen Gesetz schlechter gestellt als bisher. Außerdem schafft das Gesetz durch die Gewährung einer sogenannten Ausgleichszulage, die ungelernten Arbeitern und deren Hinterbliebenen nicht zugute kommt, neue Unzufriedenheit. Eine Kürzung der Rente der Beschädigten und Hinterbliebenen ist in der Weise vorgesehen, daß ein Zehntel der Versorgungsgebührnisse dann ruht, wenn die Versorgungsberechtigten ein steuerbares Arbeitseinkommen von mehr als 5000 M. haben. Ist ein steuerbares Jahreseinkommen von mehr als 14 000 M. vorhanden, so erhalten Beschädigte und Hinterbliebene überhaupt keine Rente mehr. Diese Einkommengrenzen müssen angesichts der gegenwärtig herrschenden Teuerung als viel zu niedrig bezeichnet werden, um so mehr, als den vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen ungefähr nur die Hälfte des Existenzminimums gewährt wird. Die von den amtlichen Stellen errechneten Ausgaben in Höhe von 5½ Milliarden Mark jährlich werden bei Aufrechterhaltung der Kürzungsbestimmungen nicht notwendig sein.

Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wissen sehr wohl, daß sich das Reich in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Sie sind an dieser und an der langen Dauer des Krieges jedoch unschuldig. Das deutsche Volk muß durch seinen Reichstag dafür sorgen, daß die vorhandenen 2½ Millionen Kriegshinterbliebenen und anderthalb Millionen Kriegsbeschädigten nicht zu verbitterten Menschen werden, sondern bereit sind, an dem Wiederaufbau Deutschlands mit vollen Kräften teilzunehmen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn ihre eigene Existenz sichergestellt ist. Dies wird aber mit dem neuen Gesetz nicht erreicht. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Kriegseltern einen Anspruch auf Elternrente nach dem neuen Gesetz nur dann haben, wenn sie mit einem Einkommen von **weniger als 1500 M. jährlich** zur Einkommensteuer veranlagt sind. Daß unter diesen Verhältnissen der große Teil der bedürftigen Kriegseltern sich um Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bemühen muß, ist ohne weiteres klar. Diese Schande muß jedoch das deutsche Volk von sich abwenden. Wir bitten die gesamte Bevölkerung, sich an den in der Woche vom 5. bis 12. September stattfindenden

Massenkundgebungen für die Kriegsopfer

in Deutschland zahlreich zu beteiligen.

Alldeutsche Verleumdermethoden.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die „Deutsche Zeitung" hat in ihrer Nummer 343 — Abendausgabe — vom 27. Juli 1920 unter der Ueberschrift „Das Hakenkreuz" einen Artikel gebracht, in welchem ein „Geheimrat Friedländer, Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums", einem Hakenkreuzträger, Herrn Guido Röder, gegenüber auf einem Wagen der elektrischen Straßenbahn eine wenig rühmliche Rolle spielt. Es wird hiermit festgestellt, daß der Direktor des Kupferstichkabinetts der Staatlichen Museen, Geheimer Regierungsrat Dr. Max J. Friedländer, der wegen seiner Tätigkeit an der Gemäldegalerie auch zu dem Kaiser-Friedrich-Museum in Beziehungen steht, **mit der fraglichen Angelegenheit nicht das mindeste zu tun hat. Ein zweiter Beamter des Namens Friedländer ist in der Museumsverwaltung nicht vorhanden.** Daß diese Erklärung erst heute abgegeben wird, hat seinen Grund darin, daß die Verwaltung, einem Wunsche ihres Herrn Friedländers entsprechend, zunächst den Versuch gemacht hat, Herrn Guido Röder durch eine Konfrontierung mit Herrn Geheimrat Friedländer, zu welcher letzterer sich sogleich erboten hatte, von der ihm widerfahrenen Irreführung zu überzeugen. Nachdem Herr Guido Röder wie auch sein Rechtsbeistand **bis heute von der wiederholt — schriftlich und telephonisch — angebotenen Gelegenheit zur Klärung des Vorfalls keinen Gebrauch gemacht haben,** muß angenommen werden, daß die Herren keinen Wert auf diese Klärung legen, und es besteht daher kein Grund für die Verwaltung, diese Feststellung noch länger hinauszuschieben.

Wir sind über dies Verhalten nicht im mindesten erstaunt. Persönliche Verleumdung ist die Hauptwaffe des antisemitischen Alldeutschtums. Die Leute, die hundertmal widerlegte Lügen immer von neuem in die Welt setzen, haben an der Aufklärung des neu hinzuerfundenen „Materials" nur negatives Interesse.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Betriebsräte!

An alle auf dem Boden der Richtlinien der A. D. G. B. stehenden Betriebsräte werden die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen Einheitslegitimationskarten für Betriebsräte in unserm Bureau ausgestellt. Inhaber von Legitimationskarten der Afa brauchen keinen Umtausch vorzunehmen. Betriebsausweis und Gewerkschaftslegitimation erforderlich. Bei den in kurzer Zeit stattfindenden Wahlen der Delegierten zum Kongreß muß jeder Betriebsrat im Besitz eines gültigen Ausweises sein.

S.-P.-D.-Betriebsrätesekretariat,
In den Zelten 23. Hansa 1424/25.

Betriebsräte der Buchdrucker!

Freitag, 5 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof III, eine wichtige Sitzung statt. Tagesordnung wird eingangs bekanntgegeben. Der Fraktionsvorstand. J. A.: Herrmann.

Lohnbewegung im Gesundheitswesen.

Am 31. August 1920 erstattete einer gut besuchten Versammlung des Personals der Privatbadeanstalten Berlins Hentschke vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Gesundheitswesen, Bericht über die allgemeine Lage im Bade- und Massageberuf und begründete die Notwendigkeit, eine Erhöhung der Gehälter zu beantragen. Das jetzige Stücklohnsystem, verbunden mit den niedrigen Mindesteinkommen von 300 resp. 400 M. pro Monat entspricht durchaus nicht mehr den an das Leben zu stellenden Anforderungen. Davon gehen noch die hohen Steuern ab. Viele Anstaltsbesitzer sträuben sich sogar, diese niedrigen Lohnsätze zu zahlen. Auch verbieten sie den Angestellten durch Aushang von Plakaten Nebeneinnahmen, trotzdem solche bei Festsetzung der Gehälter berücksichtigt wurden. Das Bade- und Massagepersonal befindet sich daher in einer großen Notlage und beschloß aus diesem Grunde, bei den Arbeitgebern zu beantragen, den Stücklohn von 30 Pf. auf 50 Pf. und von 1 M. auf 1,50 M., die monatlichen Mindestgehaltssätze von 400 auf 700 M. für Bademeister und von 350 auf 650 M. für Bademeisterinnen zu erhöhen. Ferner wird beantragt, solange die Arbeitszeit in der Woche auf vier Tage beschränkt bleibt, sie pro Tag auf 10 resp. 11 Stunden festzusetzen. Nur beruflich ausgebildetes Personal soll beschäftigt werden. Da viele Angestellten einer gewerkschaftlichen Organisation noch nicht angehören, so wird das badende Publikum gebeten, von der hier geschilderten trostlosen Lage Notiz zu nehmen und das Badepersonal in seinem berechtigten Kampfe um Verbesserung seiner Existenz zu unterstützen.

Pferdesport und Arbeiterinteressen.

Am 30. August tagte im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Protestversammlung der Stalleute und Futtermeister, um zu der neuen Rennordnung Stellung zu nehmen. Der Referent Gebert wies darauf hin, daß diese Rennordnung mit keinem Wort die Interessen der Arbeitnehmer wahrnimmt, sondern lediglich die Interessen des Unionklubs vertritt. Schon die Zusammensetzung der Obersten Rennbehörde gibt das beste Zeugnis dafür. Die zwölf Mitglieder derselben müssen größtenteils auch Mitglied im Unionklub sein, zwei Sitze hat man gnädigst den Trainern und Jockeys (je einen) eingeräumt, von den übrigen Arbeitnehmern wurde überhaupt keine Notiz genommen; das bedeutet, daß die alten Zustände bestehen bleiben. Wie der Referent betonte, müssen alle Mittel angewandt werden, um diese Rennordnung zu beseitigen, damit eine auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigende neue Rennordnung geschaffen werden kann.

Eine Entschließung, die gegen die neue Ordnung protestiert und die Stalleute und Futtermeister auffordert, die Anerkennung dieser Rennordnung zu verweigern, wurde einstimmig angenommen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen am Donnerstag, 2. September. Norden IV Löwenbrauerei Hoch- Ecke Badstraße. Friedenau, Hohenzollern, Handjerystraße. Charlottenburg I, II, III, abends 7½ Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Bismarckstr. 41/43. Lichtenberg, Zur Hütte, Frankfurter Allee 226. Osten II, abends 7½ Uhr, Brauerei Pfeffenberg, Frankfurter Allee 318. Steglitz, abends 7½ Uhr, Zum Althoff, Althoff- Ecke Körnerstraße. Wilmersdorf, Augustahof, Augustastr. 1. Versammlung der Vertrauensleute im Hochbau abends 7½ Uhr im Bundeshaus, Werftstr. 7.

Deutscher Transportarbeiterverband. Gruppe 1: Tuche, Filze, Kleiderstoffe. Vertrauensmännerversammlung Freitag, 3. Sept., 4½ Uhr, bei Witte, Poststr. 29. Buchkontrolle.

Friseurgehilfen. Heute abend 7½, Engelufer 15.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 5a (Rechtsanwaltsangestellte.) Mitgliederversammlung 2. September, 7½ Uhr, Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. — Fachgruppe 8c. Oeffentliche Versammlung 2. September, abends 7 Uhr, Neue Philharmonie (rippellosaal), Köpenicker Straße 96/97. — Fachgruppe 12c. Oeffentliche Versammlung abends 7½ Uhr, Ortsbureau, roter Saal, Belleallancestr. 7/10. — Fachgruppe 14a. Oeffentliche Versammlung 2. September, abends 7½ Uhr, Sophiensäle, Sophienstr. 17/18. — Fachgruppe 14g (Beleuchtungskörper-, Bronze- und Metallwarenfabriken). Mitgliederversammlung Donnerstag, 2. September, abends 7 Uhr, Verbandslokal, blauer Saal.

Wirtschaft

Die Häutepreise sind seit einigen Wochen wieder im Steigen. Die Preiserhöhungen sind bereits recht erheblich. Es kosteten im

	August 1920	Juli 1920
Ochsenhäute . . .	12.— bis 14.— M.	9,50 bis 10,50 M.
Bullenhäute . . .	8,— „ 12,50 „	6,50 „ 10,— „
Kuhhäute	11,— „ 14,50 „	9,— „ 10,50 „
Färsenhäute . . .	12,— „ 16,— „	9,— „ 13,— „
Kalbfälle	12,— „ 15,50 „	7,— „ 10,50 „
Schaffelle	9,— „ 12,— „	7,50 „ 10,— „
Roßhäute	53,— „ 290,— „	80,— „ 250,— „
Fresserhäute . . .	10,— „ 12,50 „	9,— „ 10,— „

Keine Erhöhung der Kohlenpreise. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hatte, wie wir vor einigen Tagen meldeten, einen Antrag auf Erhöhung der Kohlenpreise um 9 M. pro Tonne beim Reichskohlenrat eingebracht, da die Bergarbeiter mit einer Verlängerung des siebenstündigen Arbeitstages auf acht Stunden nicht einverstanden waren, sondern auch weiter die Ueberstunden in zwei halben Ueberschichten wöchentlich verfahren wollten. Der Antrag wurde nun hinfällig, da zwischen dem Reichskohlenverband, der Vertretung der Syndikate, in der die Arbeitgeber die Mehrheit haben, und dem Ausschuß des Reichskohlenrats, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind, keine Uebereinstimmung herrschte.

Lediglich dem Niedersächsischen Kohlensyndikat, das seinen Sitz in Hannover hat und das die Werke am Deister umfaßt, wurde eine Preiserhöhung um 10 M. für die Tonne zugestanden, während 15 M. verlangt worden waren. Diese Preiserhöhung stellt die Korrektur eines früheren Beschlusses dar, bei dem man nicht genügend berücksichtigt hatte, daß die Absatzleistung des niedersächsischen Gebietes (0,3) eine geringere ist als im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier (0,5).

Belgiens Kohlenförderung. Die monatliche Durchschnittsförderung des Jahres 1913 betrug 1 910 710 Tonnen. Im Jahre 1920 sind die monatlichen Durchschnittsziffern für Januar 1 869 640 Tonnen, das sind 98 Proz. der Förderung des Jahres 1913, für Februar 1 683 750 Tonnen (88 Proz.), für März 2 006 160 Tonnen (105 Proz.), für April 1 900 750 Tonnen (99 Proz.), für Mai 1 737 080 Tonnen (91 Proz.). Die Arbeiterzahl betrug im Januar 157 585, im Februar 159 116, im März 159 230, im April 160 126, im Mai 160 307. Gearbeitet wurde im Monat Januar an 26 Tagen, im Februar an 23 Tagen, im März an 27 Tagen, im April an 25 Tagen, im Mai an 23 Tagen.

Große Gewinne auch in der Textilindustrie. Aus der Textilindustrie liegt eine Reihe außerordentlich günstiger Abschlüsse vor, die beweisen, welchen Nutzen auch diese Unternehmungen aus der enormen Preissteigerung ihrer Produkte gezogen haben. Die mechanische Weberei Hermann Herzog A. G. in Neugersdorf i. Sa. schüttet in diesem Jahre 10 Proz. Dividende und außerdem 10 Proz. Bonus, also zusammen 20 Proz. aus, nachdem sie noch im Vorjahr mit einem Verlust von 762 647 M. abschloß. — Die mechanische Baumwollzwirnerei Kempten vorm. Gebr. Denzler bringt in diesem Jahre 16½ Proz. Dividende zur Ausschüttung gegen 10 Proz. im Vorjahr, wo sie ebenfalls noch mit Verlust abgeschlossen hatte, der aber in diesem Jahre abgedeckt ist. Der diesjährige Reingewinn von 383 830 M. ermöglichte die stattliche Dividende. — Die Sächsische Nähfadenfabrik vorm R. Heidenreich in Witschdorf zahlt in diesem Jahre die Kleinigkeit von 34 Proz. (24 Proz. Dividende und 10 Proz. Bonus) gegen im Vorjahr 10 Proz. auf Stamm- und 14 Proz. auf Vorzugsaktien. Man begreift jetzt die hohen Nähgarnpreise! — Die Gladbacher Textilwerke vormals Schneider u. Irmen in M.-Gladbach können nach dem Vorschlag des Aufsichtsrats ihre Dividende von 12 Proz. im Vorjahr auf 15 Proz. steigern und daneben noch 10 Proz. Bonus aus dem Verkauf einer Baumwollspinnerei ausschütten.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Hierzu 1 Beilage.

A. Wertheim Versandabteilung Berlin W9 **Billige Bücher**

Marthin Luther's Lebensgeschichte. von M. Warburger. Mit 94 Bildern gemalt von Wilhelm Wetmar. Reformations-Jubiläums-Ausgabe. 1517—1917. Quartformat. Eleganter Halbleinenband ..... nur M. 12.25

Ludwig Richter. Die gute Einkehr. Auswahl schönster Holzschnitte. Mit Sprüchen u. Liedern. 54. 5.75

Fürst Bismarcks gesammelte Reden. Mit einer Einleitung von Valentin v. Bismarck. 3 Bände in einen Band gebunden ..... nur M. 9.00

Friedrich der Große. Denkwürdigkeiten aus seinem Leben, nach seinen Schriften, seinem Briefwechsel und den Berichten seiner Zeitgenossen zusammengestellt von Franz Eugen Bardt. Zweite Auflage, neubearbeitet und ergänzt von Georg Winter, Geh.-Archivrat. 1179 Seiten in zwei eleganten Leinenbd. statt 35.00 nur M. 22.00

Große Männer aller Völker aller Zeiten. Eine Sammlung, herausgegeben von Georg Gellert. Mit Illustrationen. Gebunden nur M. 5.00

Briefwechsel zwischen Schiller u. Goethe. Mit Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Dr. Kohut. Eleganter Leinenbd. nur M. 10.00

Das große illustrierte Sportbuch. Ausführliche Darstellungen d. modernen Sportarten. Herausgegeben von Theod. Mulemann. Mit vielen Illustrationen. 700 Seiten. Gebunden statt 20.00 M. ..... nur M. 8.25

Deutschlands Kolonien. Vornehm ausgestattetes Werk mit 80 farbenphotographischen Abbildungen mit erläuterndem Text nebst einer farbigen Karte der Kolonien. Elegant gebunden ..... nur M. 12.50

Süd-Amerika unter besonderer Berücksichtigung Argentiniens. Von Dr. P. Wörtens. Mit Illustrationen und einer Karte in Farbendruck. Gebunden ..... nur M. 6.75

Deutsche Lyrik der Neuzeit. Eine Sammlung von J. v. Sanz, Felix Dahn, J. Trojan, M. Greif, G. v. Mitlendbruch, D. v. Liliencron, G. Falke, A. Holz, R. Dehmel, O. J. Bierbaum. Mit handschriftl. Selbstbiogr. d. Dichter und ihren Porträts. 128 S., geb. nur M. 6.75

Neues praktisches Fremdwörterbuch. Die wichtigsten Fremdwörter der deutschen Sprache in alphabetischer Folge, mit Angabe ihrer Herkunft, korrekten Schreibung und Aussprache, ihrer Bedeutung, ihrer grammatischen Behandlung und korrekten idiomatischen Gebrauchs, nebst eingehenden Sacherklärungen von A. Seidel. 480 Seiten Gebunden ..... nur M. 4.40

Briefmarken
Große Auswahl in Briefmarken aller Länder.
Täglich Eingang von Neuheiten.

Briefmarken-Alben
Schaubek, Schwaneberger usw. in vielen Preislagen.
Sämtliche Bedarfsartikel für Sammler.

Billige Roman-Serie
Ungekürzte Ausgaben. Jeder Band broschiert mit farbigem Titelbild M. 1.50
E. Marlitt: Die Frau mit den Karfunkelsteinen. — Das Geheimnis der alten Mamsell. — Goldelse. — Im Hause des Kommerzienrats. — Reichsgräfin Gisela. — Die zweite Frau. — Das Heideprinzeßchen. — Im Schillingshof. — Amtmanns Magd und anderes.
J. V. Scheffel: Ekkehard.
J. P. Jacobsen: Frau Maria Grubbe.
H. Sienkiewicz: Quo vadis?
E. L. Bulwer: Die letzten Tage von Pompeji.
Theodor Storm: Immensee u. and. Novell. — Aquis submersus u. and. Novellen. — Carsten Curator u. and. Novellen. — Hans und Heinz Kirch u. and. Novellen. — Der Schimmelreiter u. andere Novellen. — Es waren zwei Königskinder u. and. Novellen.
A. E. Brachvogel: Friedemann Bach.
Selma Lagerlöf: Gösta Berling.
Berthold Auerbach: Barfüßele. Joseph im Schnee.
L. Wallace: Ben Hur (2 Bände).
H. Murner: Zigeunerleben.
F. W. Hackländer: Handel und Wandel.
W. Hauff: Lichtenstein.
G. Samarow: Die Gardeborussen.
Emile Zola: Nana
Oscar Wilde: Das Bildnis des Dorian Gray.
Karl Immermann: Der Oberhof.

Jeder Band vornehm ausgestattet und gebunden . . M. 3.00 **Doppelband 5.50**

Bernt Lie: Peter Napoleon. Eine der lustigsten Bubengeschichten.
„Jammerswinde". Gräfin Leonora Christina Ulfeldt, die unehelliche Tochter des Königs Christian IV., erzählt die Geschichte ihrer qualvollen Kerkerhaft im Blauen Turm zu Kopenhagen. 1663—85.
Gustaf af Geijerstam: Irre am Leben.
Selma Lagerlöf: Unsichtbare Bande. Erzählungen von bezwingender Macht.
August Strindberg. Historische Miniaturen. (Neuzeit.)
Jonas Lie: Sklave des Lebens. Roman
Peter Egge: Aus jungen Tagen. Roman. (Doppelband.)
Werner von Heidenstam: Der Wald rauscht. Mit machtvoller Phantasie wird das Leben vergangener Jahrhunderte hervorgezaubert.
Jens Peter Jacobsen: Novellen. Vollständige Ausgabe in der getreuen Nachdichtung von L. Schellenberg.
August Strindberg: Ehegeschichten. Diese Ehegeschichten sind unerhört frisch erzählt, oft in ausgelassener Laune.
Pontoppidan. Phantasievoller Spuk-Roman.
J. B. Bull: Die Brautfahrt. Ein humorvoller Roman von eigenartiger Kraft und Frische.
Elsa Lindberg-Novelette: Eine Geigerin. Der Roman einer Künstlerin. (Doppelbd.).
J. Fred Vinsnes: Der Rechtsanwalt. Ein Roman von großer dramatischer Wucht.
Sigbjörn Obstfelder: Gedichte und kleine Dramen.
Björnstjerne Björnson: Der Brautmarsch. Mutters Hände. 2 Erzähl.
Per Hallström: Gustav Sparsverts. Roman. Der Roman ist reich und tief.
H. Söderberg: Irrungen. Roman. Das Leben des modernen Stockholm.
J. B. Bull: Eline Vangen. Ein ungemein fesselnder und starker Roman
E. Wägner: Kämpfende Frauen. Rom.
Peter Egge: Wrack. Ein Drama von einer zarten, ringenden Frauenseele
J. B. Bull: Lichte Rache. Roman.
E. Lindberg-Novelette: Konstantinopel.
Sigbjörn Obstfelder: Aus dem Tagebuch eines Pfarrers. Erschütternde Bekenntnisse.
J. P. Jacobsen: Gedichte. Die erste vollständige Einzelausgabe der Gedichte.
Topelius: Finnländische Märchen. Märchen von inniger Naturverzauberung.

Romane, Erzählungen, Novellen, Jugendschriften, Malbücher usw. Restauflagen ..... jetzt jeder Band **95 Pf.**